

Erstmalig...
Preis: monatlich...
Durch die Post bezogen...
Anzeigenpreis...
Raum 12 Nr. Vereins-...
Preis: Die dreispaltigen...
Schluß der Anzeigen...
9 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreutzberger Straße 50, Telefon 180 89. Postfach 544. Redaktion: Breslau, Kreutzberger Straße 50, Telefon 289 02. Expeditionszeit: Montag bis Freitag von 12-18 Uhr, Samstag von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Glatz, Oberstraße 26, Telefon 4088; Glatz, Rung 6, Telefon 2384. Geschäftszeit: von 9-12 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schöler, Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Reubag“ Berlin, Fil. Breslau, Kreutzberger Straße 50.

Die Berliner Arbeiter auf der Straße

Trotz Verbot machtvolle Kundgebungen — 38 Verhaftungen

Berlin, 13. Januar.

Trotz des Zörgiebel-Verbotes demonstrierte die Berliner Arbeiterschaft am Sonntag aus Anlaß der 10jährigen Wiederkehr des Todestages von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Zehntausende nahmen an den Kundgebungen auf dem Friedrichhof teil. Mit gewohnter Brutalität versuchte die unter Leitung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel stehende Polizei, nach der Kundgebung sich auflösende

Demonstrationszüge aufzulösen.

Hierbei wurden etwa 38 Personen wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen verhaftet, sollen aber zum größten Teil wieder entlassen worden sein. Bei der Auflösung eines Zuges in der Frankfurter Allee kam es durch skandalöse Provokationen der Schupo

zu einem Zusammenstoß mit den Demonstranten.

Ein Teilnehmer des Zuges, der sich gegen prügelnbe Schupo kräftig zur Wehr setzte, wurde verhaftet und soll, wie eine Berliner Korrespondenz meldet, dem Schnellrichter vorgeführt werden.

Infolge des wichtigen Protestes aus den Betrieben ist das von Zörgiebel geplante Verbot des Besuchs des Friedrichhofes verhindert worden.

Verhindert wurde auch durch den Plan der unter der Führung der SPD kämpfenden Klassenbewussten Arbeiterschaft der schimpfliche Versuch, die Arbeiter von der Straße zu treiben. Die von den Berliner Arbeitern gewählte

Form der losen Demonstration

wie sie in der Vorkriegszeit angesichts der Jagow-Verbote angewandt wurden, hat sich bewährt. Blamiert wie seinerzeit Jagow ist Herr Zörgiebel, der Freund und Tischgenosse des sozialdemokratischen Polizeiministers. Die gesamte deutsche Arbeiterschaft wird mit lebhafter Freude

die Durchbrechung des Demonstrationsverbotes

durch das Berliner Proletariat begrüßen. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sind durch diese Demonstration in würdiger Weise geehrt worden.



3 Millionen Arbeitslose

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hat während der zweiten Dezemberhälfte eine ungeheure Steigerung erfahren. Um 402 000 erhöhte sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger auf 1 702 000. Das bedeutet eine Steigerung um 31 Prozent, während in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember die Steigerung 26,2 Prozent betrug.

Da am 31. Dezember 1927 die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger 1 118 000 betrug, übersteigt die ein Jahr später erreichte Ziffer diejenige des Vorjahres um 510 000 bzw. 43 Prozent. Auch die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger erfuhr vom 15. bis 31. Dezember eine Steigerung von etwa 10 Prozent und beträgt nunmehr 127 400.

In den letzten Tagen haben tausende Erwerbslose in Kiel, Frankfurt, Essen und Kassel vor den Rathäusern dieser Städte für Brot und Arbeit demonstriert. Sie wurden „verfassungsmäßig“ mit den Gummiknüppeln der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten geprügelt. Auch in Berlin ist der kleine Belagerungszustand, zweifellos im Zusammenhang mit der Steigerung der Erwerbslosigkeit, verhängt. In Berlin sind etwa 300 000 Menschen arbeitslos. Es reicht schon hin, die Straßen, die zu den Arbeitsnachweisen führen, zu besichtigen, um den Massenandrang der Erwerbslosenarmee festzustellen.

Die „Deutsche Zeitung“ spricht die Angst der herrschenden Klasse aus, wenn sie auf der ersten Seite ihrer Nummer vom 3. Januar mit großen Lettern schreibt:

„Wird man wirklich abwarten, bis sich diese Armee der Arbeitslosen vervielfacht und die Verzweiflung ihre Waffen in die Hand drückt?“

Die amtlichen Zahlen über die Erwerbslosigkeit geben nur die Unterstützungsempfänger an. Die ungeheure Zahl der Nichtunterstützten wird überhaupt verschwiegen. Nach Berechnungen, die in der „Roten Fahne“ schon angeführt wurden, ist die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen zurzeit mit fast drei Millionen zu beziffern, von denen nicht weniger als 700 000 überhaupt keine Unterstützung erhalten. Die Zahl der Nichtunterstützten wird aber in den nächsten Wochen rapid weitersteigen, da hunderttausende Saisonarbeitslose, die nur sechs Wochen Unterstützung bekommen, Anfang Februar ausgeteuert werden.

Auch die Unterstützten, in Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge, empfangen Bettelpennige, die zum Sterben zwickel und zum Leben Leben zuwenig sind. 33 Prozent, also ein Drittel aller männlichen Erwerbslosen, erhalten noch nicht einmal 13,20 Mark Unterstützung pro Woche, 61 Prozent, also fast zwei Drittel aller weiblichen Erwerbslosen, erhalten gleichfalls nicht einmal 13,20 Mark Unterstützung pro Woche, 50 Prozent aller Krisenunterstützungsempfänger bekommen unter 10,80 Mark pro Woche Unterstützung.

Fast an demselben Tage, als die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage für den Unterstützungsraub an einer Million Saisonarbeitslosen gestimmt hat, als mindestens eine halbe Million Erwerbslose bereits ohne jegliche Unterstützung war, schrieb der „Vorwärts“ (in seiner Nummer vom 14. Dezember 1928):

„Die Reichsregierung läßt die Erwerbslosen nicht hungern... Wenn die Arbeitslosen jetzt nicht regelrecht Betteln gehen müssen, so verdanken sie das einzig und allein den Gewerkschaften und dem sozialdemokratischen Einfluß auf die Politik. Denn ohne Gewerkschaften und ohne Sozialdemokratie keine Arbeitslosenversicherung und keine Krisenunterstützung.“

In den letzten Tagen mußte zwar auch die sozialdemokratische Presse unter dem Druck der Arbeiterschaft Hilfe für die Erwerbslosen fordern. Diese „Forderung“ ist aber ein Hohn auf die Arbeitslosen. Der „Vorwärts“ fordert, daß der Reichsarbeitsminister dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt eine Vorlage auf Ausdehnung der Krisenunterstützung unterbreite. Dabei weiß der „Vorwärts“, daß die Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufsgruppen, die Beseitigung der Bedürftigkeitsprüfung und die Zahlung in gleicher Höhe wie die Hauptunterstützung nach den neuen Bestimmungen ausschließlich von dem sozialdemokratischen Arbeitsminister abhängt. Das Gerede über „durchgreifende Hilfe“ für die Erwerbslosen, die der Reichstag

Dresdener Transportarbeiter streifen

Dresden, 14. Januar. (Eig. Drahtber.) In Dresden sind die Transportarbeiter des Großhandels in den Streik getreten. Die Schlichtungsinstanzen hatten wieder einen schändlichen Schiedspruch gefällt, den die Transportarbeiter einmütig zurückwiesen. Es stehen etwa 1000 Arbeiter im Ausstand.

Mitteldeutsche Reformisten betulieren auf Verbindlichkeitserklärung

Halle, 14. Januar. (Eig. Drahtber.) In der in Halle tagenden Bezirkskonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde der am Mittwoch gefällte Schiedspruch im Mitteldeutschen Metallkonflikt scharf kritisiert. Eine Entschließung erklärt, daß der Schiedspruch den Zeitverhältnissen in keiner Weise Rechnung trage. Die Organisationsleitung erhielt eine Vertrauensvotum und wurde beauftragt, über die weiteren Schritte zu entscheiden.

Die Bezirksleitung wird in den nächsten Tagen mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes Fühlung nehmen, bevor sie sich endgültig über die zu ergreifenden Maßnahmen schlüssig wird.

Nach dieser Meldung hat sich die von den Reformisten beherrschte Geschäftsführer-Konferenz des DMB nicht einmal zu einer klaren Ablehnung des Schiedspruches aufschwingen können. Alle diese ausweichenden Manöver der Bürokratie sollen die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches vorbereiten.

Einheitsfront der ausgeschlossenen Renegaten mit der Rosta-Partei

In der Sitzung der Stadtverordneten in Leipzig vom Mittwoch, dem 9. Januar, wurden die Präsidiumswahlen vorgenommen. Die kommunistische Fraktion hatte beschlossen, nicht mehr für den Sozialdemokraten Dr. Hübler als Stadtverordnetenvorsteher zu stimmen, da die sogenannte „Einheitsfront“ durch das Verhalten der SPD zu einer rückwärtslosen Politik gegen die Arbeiterklasse geführt hätte. Aber die aus der SPD ausgeschlossenen Lieberasch und Hoff stimmten gemeinsam mit der SPD und auch gegen den Vorschlag der kommunistischen Partei für den Genossen Hermann als Stadtverordnetenvorsteher. Daraufhin gab die kommunistische Fraktion eine Erklärung ab. Jetzt erregte sich ein großer Vertrauensbruch der verführerischen Genossen Schenker, Kästner und der Genossen Schuhmann. Obwohl sie in der vorangegangenen Fraktionsführung zwar Bedenken geäußert, sich aber verpflichtet hatten, im Plenum nicht gegen die eigene Fraktion aufzutreten, ließen sie erklären, daß sie sich der Erklärung der kommunistischen Fraktion gegen die Renegaten nicht anschließen könnten.

Das Sekretariat der Bezirksleitung Westfalen hat die Genossin Kläre Winter wegen Fraktionsarbeit für die Rechten aus der Partei ausgeschlossen.

„Freundschaftliche“ Beziehungen zwischen der UGGA. und Deutschland

Die SPD-Presse hat's. Endlich hat sich, endgültig und unumverrücklich zum letztenmal das Doppelspiel der Kommunisten deutlich und klar aufgedeckt. Während die SPD, diese Knechte Moskaus, nicht müde werden, die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion aufzuweisen und die Rolle des neuen deutschen Imperialismus in der Antisowjetfront signalisieren, spreche man in Moskau von „freundschaftlichen“ Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Uha! Hat nicht erst kürzlich Kassinin... usw. usw.? Jeder einfache Arbeiter versteht das, was die „Vollmacht“-Schreiber scheinbar nicht verstehen wollen. Zwischen dem sozialistischen Rußland und dem kapitalistischen Deutschland besteht ein unversöhnlicher Gegensatz, wie zwischen Feuer und Wasser, ein Gegensatz, dessen natürliche Folge Krieg und Bürgerkrieg ist. Aber solange das kapitalistische System in Deutschland besteht, solange die Massen noch nicht zur siegreichen Revolution schreiten, solange der Sowjetstaat für den Aufbau seiner sozialistischen Wirtschaft Beziehungen nicht zu einem Rätedeutschland, sondern zum kapitalistischen Deutschland unterhalten muß, müssen die Beziehungen zwischen den Regierungen offiziell loyalen Natur sein. Es zeugt von der Stärke und der unerschütterlichen Macht der Sowjetregierung, wenn festgestellt werden kann, daß diese Beziehungen nicht zufällig und unsicher sind, sondern „freundschaftlich“, auf gegenseitigem, wirtschaftlichem Interesse beruhend.

Die Nachwahlen im Elß

BB. Paris, 13. Januar. Von den Nachwahlen für die durch die Ungültigkeitserklärung der Wahl von Dr. Ridlin und Rosé wieder freigewordenen Kammerziele liegt vorläufig erst nur das Ergebnis aus Altkirch, dem Wahlbezirk Dr. Ridlins, vor. Der Kandidat der Autonomisten Stürmer wurde hier mit 7144 Stimmen gegen den unabhängigen Kandidaten, den ehemaligen Abgeordneten Silbermann, der 3660 Stimmen erhielt, gewählt.

BB. Paris, 13. Januar. Das Ergebnis der Wahlen im Wahlbezirk Colmar (Wahlbezirk Rosés) ist folgendermaßen: Der autonomistische Kandidat Hauck erhielt 8744 Stimmen, der Kandidat der nationalkatholischen elsässischen Partei, Müller, 4558 Stimmen, der Kandidat der Sozialisten, Richard, 3592 und der kommunistische Kandidat Murschel 2230 Stimmen. Es ist Stichwahl notwendig.

bedürftigen soll, ist nur ein Ablenkungsmanöver, um die Arbeitslosen zu betriegen.

Die Erwerbslosen haben nicht vom Reichstag eine Verbesserung ihrer Lage zu erwarten. Die Verbesserung ihrer Lage liegt einzig und allein in ihren eigenen Händen und in der Solidarität der gesamten deutschen Arbeiterklasse.

Die Erwerbslosigkeit berührt nicht nur die Lebensinteressen der Kollegen, die zurzeit erwerbslos sind, sondern auch derjenigen, die noch in den Betrieben stehen. Die Erwerbslosigkeit in der Periode der kapitalistischen Rationalisierung ist keine zeitweilige, vorübergehende Erscheinung. Die kapitalistische Rationalisierung schafft eine Armee der Dauererwerbslosigkeit, die auch in der Zeit der Hochkonjunktur nicht in den Produktionsprozess einbezogen wird.

Auch in der Zeit der guten Konjunktur ist fast in jeder Arbeiterfamilie ein erwerbstätiges Mitglied erwerbslos, was das Lebensniveau der gesamten Familie brüchig. In der Zeit der Krise wird die Lage für jede Arbeiterfamilie unerträglich. Die Arbeitslosenfrage ist somit eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterklasse. Auch die Verbesserung der Lage der Erwerbslosen kann nur durch den gemeinsamen Kampf der Erwerbslosen und Erwerbstätigen erreicht werden.

Ein krasses Beispiel für die Verbundenheit und Gemeinsamkeit der Interessen der Betriebsarbeiter und Arbeitslosen gibt die letzte Arbeitszeiterhebung des Internationalen Gewerkschaftsbundes für Deutschland. Diese Erhebung hat festgestellt, daß trotz ungeheurer Erwerbslosigkeit mehr als die Hälfte der deutschen Arbeiter über 48 Stunden pro Woche arbeitet. Alle in Ueberstunden rauben Hunderttausenden von Erwerbslosen das Brot. Eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften wäre es gewesen, einen großzügigen Kampf für den Acht- und Sechsstundentag zu führen, um die Erwerbslosigkeit zu vermindern. An der Spitze der Gewerkschaften stehen jedoch Leute, die der Ansicht sind, daß die Interessen der Arbeiterklasse hinter den Interessen der kapitalistischen Profitwirtschaft zurückzutreten haben. Diese Leute, die den Achtstundentag preisgegeben haben, damit der deutsche Kapitalismus wieder erstarren kann, werden natürlich den Kampf für die Einreihung der Arbeitslosen in die Produktion nicht führen. Dies ist die Aufgabe der Arbeiterschaft selbst, unter der Führung der Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Partei.

Die Erwerbslosen müssen sich organisieren, um den außerparlamentarischen Druck zu steigern. Die Erwerbslosen müssen ihre Kampforgane, die Erwerbslosenausschüsse, ausbauen, sich mit den Betriebsarbeitern zusammenschließen und durch rücksichtsloses, offenes Auftreten den Kampf für Brot und Arbeit führen. Überall müssen Erwerbslosenausschüsse organisiert werden, die alle Arbeitslosen erfassen und in Stande sind, eine Bewegung von größter Kraft zu schaffen. Die organisierte Armee der Erwerbslosen wird für ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen, für Schaffung einer einseitigen Erwerbslosenfürsorge, für die Abwehr gegen alle Schandgesetze, die durch die arbeitserindliche Koalitionsregierung im Reichstag angenommen wurden, für die Einreihung der Erwerbslosen in die Produktion kämpfen. Die gesamte Arbeiterklasse wird diesen Kampf aktiv unterstützen.

Neue Massenbelastung durch Große Koalition

Die betrügerische Taktik der SPD-Führer. Der Kuhhandel um die endgültige Bildung der Großen Koalition setzt sich auf. Die SPD-Presse, die sich bisher gegenüber dem Drängen der Koalitionsbrüder nach der Großen Koalition sehr reserviert verhielt, bricht das Schweigen. Der SPD-Präsident veröffentlicht zur Regierungsfrage eine offizielle Erklärung. Es wird darin betont, daß vor der Erledigung des Etats durch das Reichstagsabstimm keine Partei (!) Regierung zeigen dürfte, sich ohne weiteres fest mit der Regierung zu verbinden. Jede Verhandlung über die Umbildung sei innig mit den Fragen des Etats, der Finanz- und Steuerpolitik verbunden.

Aus dieser Stellungnahme der SPD-Führer geht klar ihr Wunsch nach der Großen Koalition und ihrer baldigen Bildung hervor. Sie fürchten aber, dieselbe vor der Verabschiedung des arbeitserindlichen Etats und der damit zusammenhängenden, die wertvollen Massen äußerst belastenden Steuererhöhungen zu bilden. Die Arbeiterschaft würde dann sehr leicht erkennen, wie der Etat ausschließlich im Interesse der Bourgeoisie aufgestellt und die für ihn geforderten Milliarden ausschließlich von den Werttätigen aufgebracht werden sollen, indem die in einer Großen Koalition als Regierungspartei fest gebundenen SPD-Führer sich für diese Belastungen mühen. Das aber wollen die SPD-Führer gerade verhindern.

Damit befähigt sich, was wir bereits berichteten, daß nämlich die SPD-Führer den Etat und das Steuerprogramm mit „wechselnden Reserven“ durchziehen wollen. Das ist bei einer fest gebundenen Großen Koalition nicht möglich, weil es dazu der Bewegungsfreiheit der einzelnen Parteien bedarf. Läßt man es aber einweisen bei dem bisherigen Zustand, so werden die Koalitionsbrüder der SPD, verbunden mit den Deutschnationalen, im Reichstag den Etat und das Steuerprogramm so reaktionär als möglich gestalten und in ihrer Mehrheit alle Lasten auf die Arbeiterschaft abwälzen. Dem SPD-Führer wird man bezüglich ihrer Forderungen nur geringe Zugeständnisse machen, und diese werden sich vor den sozialdemokratischen Arbeitern wieder damit herausreden versuchen, daß eben die reaktionäre Mehrheit des Reichstages eine andere Verteilung der Lasten verhindert habe. Kurz zusammengefaßt: Die SPD-Führer wollen vorerst keine Bildung der Großen Koalition, weil sie sich von der Verantwortung des Etats und des Steuerprogrammes gegen die Arbeiterschaft drücken wollen. Daß es so ist, bekräftigt z. B. das „Sächsische Volksblatt“, das zu der obigen Notiz des SPD-Präsidenten bemerkt:

„Ob die Verhandlungen (um die Koalition, S. Red.) schnell oder langsam vor sich gehen: deshalb kommen die regierenden Parteien doch nicht um die Verantwortung für den Etat herum! Auch die Sozialdemokratie wird ihr Verhalten bei der kommenden Staatsberatung danach einrichten müssen!“

Die SPD-Führer betrüben die Koalitionsbrüder mit der Großen Koalition bis nach der Staatsberatung und erziehen sie, doch gar keine Schwierigkeiten zu machen, damit sie ihre betrügerische Taktik gegenüber der Arbeiterschaft durchführen können. Gleichzeitig wünscht die Notiz des SPD-Präsidenten, daß die Koalition sich in ihrer Forderung nach der „Reparationsregierung“ Reserven aufzuliegen sollen. Es wäre außerordentlich schädlich, wenn man betonen würde, daß die jetzige Regierung keine erhebliche Parlamentarität besitzt. Dieser Wunsch wird diktiert von der Erkenntnis, daß die Müller-Regierung in der Reparationsfrage bestimmt eine Niederlage erleiden wird. Das wird eine verhängnisvolle Offenbarung der deutschen Unternehmung zur erhöhten Ausbeutung der Arbeiterschaft zur Folge haben. Die SPD-Führer wollen sich natürlich auch von dieser Verantwortung für die Ausrichtungen der von ihnen geführten Koalition nach Möglichkeit drücken. Als fest gebundene Regierungspartei an der Großen Koalition wäre ihnen das nicht so leicht, und so sind sie auch aus diesem Grunde gegen eine sofortige Bildung der Großen Koalition.

Jetzt gilt es für die Arbeiterschaft mehr denn je, den SPD-

Führern nicht auf das Maul, sondern auf die Pfoten zu sehen. Vermittels einer betrügerischen Taktik und Manövern bei der Staatsberatung wollen sie ihre Zustimmung zu den die Massen belastenden Steuererhöhungen als Konsequenz ihrer Koalitionspolitik verschleiern. Ist das erledigt, sehen sie den Weg frei zur Bildung der Großen Koalition. Halten die Arbeiter die Augen offen, dann müssen sie dieses erbärmliche Spiel der SPD-Führer durchschauen und daraus die Konsequenz ziehen, daß der gemeinsame Kampf mit den kommunistischen Arbeitern zum Sturz der Müller-Regierung eine Lebensfrage ist.

Das Zentrum fordert erneut sofortige Bildung der Großen Koalition

(Eig. Ber.) Berlin, 14. Januar.

Auf das Drängen ihrer bürgerlichen Koalitionsbrüder nach der Großen Koalition antworteten die SPD-Führer Ende vergangener Woche mit einer Notiz in der SPD-Presse. In dieser kam deutlich zum Ausdruck, daß den sozialdemokratischen Führern augenblicklich der Druck ihrer Koalitionsangehörigen sehr unangenehm ist und sie die Große Koalition aus bestimmten Gründen erst nach der Verabschiedung des Reichsetats bilden wollen. Die Zentrumsführer aber bringen diesem Verlangen anscheinend kein Verständnis, oder besser, wollen dem Willen der SPD-Führer kein Verständnis entgegenbringen. Das führende Zentrumsorgan, die „Germania“, erhebt nämlich in ihrer Sonnabendnummer erneut die Forderung des Zentrums nach schnellsten Verhandlungen und Bildung der Großen Koalition. In geschickter Weise polemisiert sie gegen die Erklärung der SPD-Führer und behauptet im Gegensatz zu diesen, daß sowohl die Reparationsfrage als auch die Verabschiedung des Etats unbedingt die Festigung der zeitweiligen Regierung notwendig mache. Sie erklärt, nicht ohne bestimmte politische Anspielungen: „Wer den Mut zur Verantwortung hat, der muß sich erstlich an den Verhandlungstisch setzen — und zwar jetzt!“

Die „Germania“ stellt dann bezeichnenderweise fest, daß insbesondere die Durchsetzung des arbeitserindlichen Hilfsbudgets eine starke Regierung erfordere. Sie schließt ihren Artikel:

„Taktiken und Praktiken werden uns nicht weiter und nicht vorwärts bringen (!). Es gibt nur eine klare Forderung: das ist die Forderung, daß die Große Koalition nunmehr gebildet wird!“

Warum das Zentrum nach wie vor so aggressiv für die Große Koalition eintritt, hat seine bestimmten Ursachen. Die Anspielungen des Artikels wie „Mut zur Verantwortung“, „Taktiken und Praktiken werden uns nicht vorwärts bringen“, zeigen deutlich, weshalb die Zentrumsführer schnellste Umbildung der Regierung fordern. Sie wollen unbedingt die SPD-Führer als Regierungspartei fester binden und so verhindern, daß sie insbesondere bei den kommenden Staatsberatungen Manöver durchführen können, die in den Augen der Arbeiterschaft den Einbruch erwecken, als würden an den Massenbelastungen ausschließlich die bürgerlichen Parteien die Schuld tragen. Die SPD-Führer haben gerade diese Absicht und wollen sich deswegen nicht an die Große Koalition binden, resp. ist ihnen der Druck der zentrumlichen Koalitionsbrüder doppelt unangenehm. Befinden sie

sch einerseits in dieser Frage unter dem Druck der sozialdemokratischen Arbeiter, so haben sie gegenüber Zentrum und Volkspartei noch eine bestimmte Manöverfähigkeit, um sich ihrem Druck zu entziehen. Die SPD-Führer nützen nämlich die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Volkspartei und Zentrum in der Frage der Besetzung der Ministerposten in der Großen Koalition und in den einzelnen parteilichen Forderungen zwischen den Koalitionsparteien bestehen, geschickt aus und zenuzt sie, um das gegenwärtige Verlangen nach sofortiger Bildung der Großen Koalition noch zu hinterziehen. Das Spiel wird nicht mehr lange dauern. Nach der Staatsberatung werden die SPD-Führer offen die Geige der Großen Koalition spielen und höchstwahrscheinlich dem Wunsch ihrer Koalitionsangehörigen weitgehend Rechnung tragen.

Terrorkurs in Jugoslawien

Belgrad, 12. Januar. Auf Grund des neuen Gesetzes zum Schutze des Staates wurden sämtliche Arbeiterorganisationen aufgelöst und die Vereinslokale gesperrt.

Der Zentralschuss der Gewerkschaften sowie die zu den unabhängigen Gewerkschaften gehörenden Verbände, auch als Arbeiterbildungsvereine sowohl sozialdemokratischer wie kommunistischer Richtung wurden aufgelöst und die Bittordnungen beschlagnahmt.

Die in den ersten Tagen des neuen Regimes verbreitete Nachricht, daß auch sämtliche bürgerlichen Parteien aufgelöst würden, entspricht nicht den Tatsachen. — Von den nationalen Parteien wurde die Kroatische Bauernpartei verboten.

Die Ursache des Duisburger Gasunglücks

Duisburg, 12. Januar. Wie der Vertreter der Telegraphen-Union von zuverlässiger Stelle erfährt, ist die Ursache des Gasunglücks in Duisburg, bei dem fünf Personen ihr Leben ließen, und zahlreiche Personen an Gasvergiftungen erkrankten, auf unachtsam gemachte Schweißungen zurückzuführen. Die Meldung einer Korrespondenz, wonach die Arbeiter vergessen hätten, die Schweißstelle durch eine Padung abzudichten, trifft nicht zu. Bei den Rohren der Gasfernleitung werden derartige Padungen nicht angewandt. Die Kriminalpolizei hat die Akten über den Fall abgeschlossen und sie der Staatsanwaltschaft übergeben, die weitere Ermittlungen vornehmen wird. Mit der Untersuchung der schabhaftesten Stelle ist eine Reihe von Ingenieuren und Chemikern beschäftigt, so daß ein abschließendes Urteil auch jetzt noch nicht gefällt werden kann.

Wie aus Schanghai berichtet wird, sind in den dortigen japanischen Baumwollspinnereien chinesische Arbeiter in den Sympathiestreit mit den in Pantau im Streik stehenden Arbeitern getreten. Die infame Hauszinssteuer soll, wie der „Amtliche Preussische Pressebericht“ mitteilt, durch Beschluß in der nächsten Sitzung des Staatsrates bis zum 31. März 1930 verlängert werden.

Im Radosburger Bilderdiebstahlprozess wurden die Angeklagten zu Gefängnis- bzw. Zuchthausstrafen von vier Monaten bis zu drei Jahren verurteilt.

Aus aller Welt

Giftgas-Pistole — eine neue Verbrechertwaffe

In San Franzisko wurde kürzlich ein Kriminalverbrechen verübt, bei dem sich ergab, daß das amerikanische Verbrechenum auch das neueste Mittel der Kriegsführung, das Giftgas, für kriminelle Zwecke anzuwenden beginnt.

Vor einiger Zeit verschwand in San Franzisko auf ganz rätselhafter Art ein Herr C. Basset. Alle Nachforschungen nach dem Verschwindenen blieb erfolglos, bis es endlich vor kurzer Zeit gelang, bei einer Einbruchssaffäre einen Mann namens C. W. Mayer zu verhaften, gegen den sich der dringende Verdacht ergab, daß er um das Verbleiben des Basset wissen müsse. In den Kleibern Mayers wurden die Uhr und die Ausweispapiere des Vermögigen gefunden.

Mayer redete sich zwar darauf aus, daß er alle diese Dinge von Basset selbst gekauft habe und gar nicht wisse, daß der Mann abgängig sei.

Als weiter nachgefragt wurde, kam man schließlich bei einer in der Wohnung Mayers vorgenommenen Hausdurchsuchung auf die Lösung des Rätsels. Man entdeckte in der Wohnung eine gerabte einzigartige Waffe: es war eine Pistole, deren Patronen nicht mit Geschossen, sondern mit einem außerordentlich gefährlichen Giftgas geladen waren. Man fand im Behälter nicht weniger als 97 dieser tödlich-mörderischen Geschosse. Drei Fächer des Kastens, in dem die Patronen lagen, waren leer. Diese drei Patronen waren also offenbar schon verbraucht. Mayer leugnete noch kurze Zeit. Aber unter der Last der auf ihn einwirkenden Beweise gestand er schließlich, daß er aus dieser grauenhaften Pistole durchs Schließloch der Wohnung Bassetts geschossen und mit dem rasch und lautlos wirkenden Gift sein Opfer getötet habe. Auch die Untersuchung der Sachverständigen ergab, daß die in einer solchen Patrone aufgeschickerte Gasmenge genüge, um einen in einem geschlossenen Raum befindlichen Menschen zu töten.

Zwei Landarbeiterfinder erstickt

Als der auf dem Dominion Streik bei Strigau wohnende Landarbeiter Mangel mit seiner Frau zur Arbeit ging, schlossen sie die beiden kleinen Kinder im Alter von vier und zwei Jahren in der Stube ein. Bald darauf bemerkte man einen starken Qualm, der aus der Stube drang. Als man sie gewaltsam öffnete und Einbruch, fand man die Stube voller Rauch und beide Kinder erstickt in den Betten liegend auf.

(Bekanntlich verpflichtet der jetzt für die schlesischen und ober-schlesischen Landarbeiter gültige und nicht gekündigte Manteltarif die Ehefrau mit zur Arbeit auf dem Dominion. Dadurch bleiben die Landarbeiterfinder im Interesse des Profits der Großgrundbesitzer ohne Aufsicht.)

26000 Todesopfer der Grippe in Amerika

Neuport. Die Washingtoner Gesundheitsbehörde gab bekannt, daß in den letzten sieben Wochen 26000 Menschenleben der Grippeopfer zum Opfer gefallen sind. Das Neuporter Gesundheitsamt meldet über 3600 Grippeerkrankungen seit dem 1. Januar.

Mord in Arejeh

Arejeh. Sonntagabend gegen 6 Uhr ist die 29jährige Stenotypistin Wilhelmine Loppers in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden worden. Von dem Täter fehlt bisher jede Spur. Es ist von Nachbarn beobachtet worden, wie nach einem vorausgehenden lauten Kampf eine in Frauenkleidung gekleidete Person das Haus verließ. Ob Raubmord vorliegt, war noch nicht zu ermitteln.

Meuterei im Distriktsgefängnis von Philadelphia

Philadelphia. Im Distriktsgefängnis entstand wegen ungenügender Verpflegung eine Meuterei der Gefangenen, die die Gefängnisbeamten mit Möbelschreien bombardierten. Die Polizei schlug den Aufruhr unter Anwendung von Tränengas nieder. Die Behörden haben zugegeben, daß das für 1500 Insassen erbaute Gefängnis mit 1750 Gefangenen belegt war.

Schweres Flugzeugunglück in Amerika

Neuport, 11. Januar. In Middletown (Pennsylvanien) ereignete sich ein schweres Flugzeugunglück. Bei einer mißglückten Notlandung eines mit fünf Armeefliegern besetzten Flugzeuges ging der Apparat völlig in Trümmer. Alle fünf Insassen wurden getötet.

Ein neuer Ohne-Halt-Flug um die Welt

London, 11. Januar. Der amerikanische Flieger Goebel, der Gewinner des Fluges von Kalifornien nach Honolulu im August vorigen Jahres, kündigt an, daß er im Laufe d. J. einen 24000-Meilen-Rundflug um die Welt unternehmen will, sobald er die dafür notwendigen finanziellen Mittel zusammengebracht hat.

Erdstöße in Italien und Marokko

Rom, 12. Januar. In der Provinz Toscana wurde am Freitag, um 6:20 Uhr, ein heftiger Erdstoß verspürt. Trotz der ungewöhnlichen Stärke verließ die Bevölkerung, von Panik ergriffen, an vielen Orten die Häuser, um auf der Straße das Ende des Lebens abzuwarten.

Paris, 12. Januar. In der Nacht auf Freitag ist in Dran ein heftiger Erdstoß verspürt worden, bezugnehmend auch in Saint Denis. Es stürzten Wände und Deden ein und die erschrockenen Bewohner eilten auf die Straßen.

Grubenunfall. Auf der A b w e h r u b e wurde heute der Hauer Peter B o i t a l l a aus Kofititz, wie der „Ober-schlesische Wanderer“ meldet, von herabfallenden Kohlenmassen verschüttet. Obwohl die Bergungsarbeiten sofort aufgenommen wurden, konnte der Verschüttete nur als Leiche geborgen werden.

Ein Auto in Brand geraten. Auf der Straße Baugen-Niesky geriet abends in der Nähe von Leipzig ein Auto in Brand, wahrscheinlich durch einen Schaden am Vergaser. Der Wagen verbrannte vollständig. Der Führer konnte sich retten.

Vom Verkehr abgeschnitten. Die Kleinstadt Partl bei Sosnowice ist durch einen starken Schneesturm völlig vom Verkehr abgeschnitten worden. Militär ist beauftragt, die Verbindung wiederherzustellen, was sich jedoch infolge neuer Schneefälle bis zum 18. Januar verzögern dürfte.

Schweres Lawineunglück. Nach einer Meldung aus Moutiers wurden 11 Touristen, von denen sieben aus Annecy stammen, 550 Meter unterhalb der Spitze des Mont Jovet von einer Lawine in die Tiefe gerissen. Infolge des Frostes hatte der sehr brüchig gewordene Schnee beim Erklimmen einer steilen Anhöhe nachgegeben, und die Touristen wurden von den nachstürzenden Schneemassen verschüttet und 800 Meter tief hinabgerissen. Mit Touristen konnten sich verhältnismäßig rasch freimachen und versuchten den übrigen drei zu Hilfe zu kommen. Diese konnten jedoch nur als Leichen geborgen werden.

Sport in Mexiko

Alle Sportorganisationen Mexikos befinden sich unter dem Einfluß der Bourgeoisie und der Aristokratie...

Viele große, mittelgroße Handels- und Industriefirmen, auslandische wie auch einheimische (Zigarrenfabriken, Bierbrauereien, Konfektfabriken usw.) bilden für ihre Arbeiter Sportklubs...

Das Verhalten der Gewerkschaften gegenüber dem Sport ist sehr gleichgültig. Nur die mexikanische Arbeiterföderation führt eine revolutionäre Propaganda unter der Arbeiterjugend...

Außer den Gewerkschaften gibt es noch Jugendorganisationen, deren Ziel die Organisation der Arbeiter- und Bauernjugend ist...

Die mexikanische Fußballorganisation ist eine rein bürgerliche Organisation, ebenso wie auch der internationale Sportklub und die mexikanische Schwimmsportföderation...

Hamburger Athleten gegen den Bundesvorstand

Der Kreisrat des 9. Kreises des Arbeiter-Athletenbundes in Hamburg stimmte nach einem Referat des Kreisvorsitzenden...

Der in Lübeck tagende Kreisrat ist entrückt über die Maßnahmen des Bundesvorstandes, die zu einer offenen Spaltung im Arbeiter-Athletenbund geführt haben...

Angesichts der drohenden imperialistischen Kriegsgefahr ist in allen kapitalistischen Ländern ein verheerender Terror der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen wahrzunehmen...

Die Stellungnahme der 30 Delegierten des 9. Kreises des Arbeiter-Athletenbundes zeigt, daß die Protestbewegung gegen die Spaltungspolitik wächst...

Auch Arbeiterradfahrer gegen die Spalter

Eine Vorhändelkonferenz der Bezirke 1, 2 und 21 des Bundes 9 im Arbeiterradfahrerbund „Solidarität“ beschäftigte sich eingehend mit den Ausschlußmaßnahmen des Bundesvorstandes...

Berisportvereine breiten sich aus

Anfang Januar fand die Jahresversammlung der Arbeitersportvereine in Berlin statt, an der 43 Vereine mit über 32 000 Mitgliedern vertreten waren...

Polizei räumt den Sportplatz

Anläßlich des Fußballspiels zwischen den bürgerlichen Berliner Fußballvereinen Hertha gegen Kickers spielten sich tolle Szenen ab. Der Schiedsrichter piff das Spiel als Gesellschaftsspiel an...

Sport vom Sonntag

Fußball

RSB. I - Sparta 10:1

Zu einem Gesellschaftsspiel trafen sich obige Mannschaften. RSB. hat Anstoß. Mit dem Winde als Bundesgenossen bedrängen die roten Spartas Heiligum...

Arbeiter, lernt stenographieren!

Die Kurzschrift ist heute ein derart wichtiges Gebrauch- und Bildungsmittel, daß auch der Arbeiter nicht an ihr vorbeigehen kann. Besonders sollte sich jeder in der Arbeiterbewegung Tätige...

Breslauer Fußball-Gesellschaftsspiele für den 20. Januar.

- 14,15 Uhr: VfL I - Sil. Rid. I, Gaudau, Gemärsch
12,45 Uhr: VfL II - Sil. Rid. II, Gaudau, Gabriel
9,00 Uhr: VfL III - West II, Gaudau, Kaiser
11,00 Uhr: VfL I. Jgd. - Trebnitz I. Jgd., Gaudau, Hoffmann
14,00 Uhr: West II - RSB. 28 II, Eichenpart, Grunert Jr.
14,00 Uhr: Stern I - Südost I, Gräbichen, Kreschmer
12,10 Uhr: Stern II - Südost II, Gräbichen, Wormbit
10,00 Uhr: Stern III - Südost III, Gräbichen, Stenzel
14,00 Uhr: 1921 I - VfL. Ohlau I, Ohlau, Wöllel
12,30 Uhr: 1921 II - VfL. Ohlau II, Ohlau, Verein
14,30 Uhr: Sportfreunde I - Wader I, Jantholzweide, Runge
13,00 Uhr: Sportfreunde II - Wader II, Jantholzweide, Dittrich
10,00 Uhr: Sportfreunde III - Wader III, Jantholzweide, Spiller
14,00 Uhr: Tasmania I - Trebnitz I, Klettendorf, Ritter
12,00 Uhr: Tasmania II - Trebnitz II, Klettendorf, Pfeifle
10,30 Uhr: Sil. Rid. I. Jgd. - Sportfr. I. Jgd., Stadion, Tränkel
9,30 Uhr: Sil. Rid. 2. Jgd. - Südost 2. Jgd., Stadion, Verein
14,30 Uhr: Spielvg. Krieg I - Hundsfeld I, Krieg, Krieg
13,00 Uhr: Spielvg. Krieg II - Hundsfeld II, Krieg, Krieg
11,00 Uhr: Spielvg. I. Jgd. - Hundsfeld I. Jgd., Krieg, Krieg.

Jahresversammlung des RSB. Freiheit.

Am Dienstag war die erste Generalversammlung des RSB. Freiheit, die von 57 Mitgliedern besucht war. Zu Punkt „Geschäftliches“ gab der Vorsitzende die wichtigsten Ein- und Ausgänge bekannt...

Arbeiter-Athleten-Bund, 1. Bezirk. Die am 6. d. M. stattgefundene Bezirks-Jahresversammlung erfreute sich eines guten Besuches. Nach Erledigung der wichtigsten Punkte wurden folgende Genossen in den Vorstand gewählt...

Arbeiter-Sportklubs. Gymnastikkurse. Die Gebühren für den Sportkennlernkursus werden diesen Donnerstag auf der Halle eingezogen.

Arbeiter-Sportklub. Zwecks Herstellung einer Statistik sind an die einzelnen Vereine Fragebogen versandt worden. Wir bitten, diese sobald als möglich ausgefüllt zurückzusenden.

Fußballabendsklasse. Sonntag, den 27. Januar, spielen wir auf dem Sportplatz. Mannschaftsaustellung am 15. Januar in der Turnhalle.

Fußballpartei. Spielausschub. Am 27. Januar ab 12 Uhr Spielverbot. Es steigt 14,30 Uhr auf dem Sparta-Platz das Entscheidungsspiel um die Bezirksmeisterschaft.

Sportvereinigung Nordost. Mittwoch bei Bouclid, Königgräber Straße 10, 19,30 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung. Alle Spartenleiter müssen erscheinen.

RSB. Bratislavia. Am 18. Januar 20 Uhr Generalversammlung bei Priegner, Bergmannstraße.

Sturm I - VfL I 3:1

Von hohem Schnee stark beeinträchtigt, liegt ein Gesellschaftsspiel obiger Mannschaften. Der Bezirksmeister führte bis zur Pause schon 2:1, um in der zweiten Hälfte das Resultat durch Elfmeter auf 3:1 zu erhöhen.

Resultate

Table with 2 columns: Team Name and Score. Includes Stern I - Wader I (7:0), Stern II - Wader II (6:0), etc.

Vereins- und Abteilungs-Techniker sämtlicher Sparten. Mittwoch, 23. Januar, 20 Uhr wichtige Sitzung im Gewerkschaftshaus.

Freie Arbeitervereinerung. Die Jahreshauptversammlung findet Donnerstag 20 Uhr im Zimmer 8 des Gewerkschaftshauses statt.

Waldburg. Vom Bezirkskartell. Die Fragebogen sind den einzelnen Vereinen und Partellen zugegangen. Wir erfordern um pünktliche Rücksendung. Die bürgerlichen Sportkartelle wollen bald den Tag ihrer Generalversammlungen mitteilen.

Waldburg. Zu unserem Bericht „Auch in Waldburg protestieren die Arbeiter-Athleten“, schreibt uns ein Genosse, daß auf Grund der Tatsache, daß verschiedene Sportler eine falsche Presse lesen...

Schauspielhaus

Operettenbühne Breslau, Telephon Nr. 36300

Täglich 20 Uhr

Obette und ihre Freunde

Wochenplan des Schweißnieder Stadttheaters

Dir. P. Richter, Dienstag, 15. Jan abends 8 Uhr

Rosen

Einakter-Opus von G. Sudermann, Mittwoch, 16. Jan abends 8 Uhr

Friederike

Singspiel v. F. Lehár, Sonntag, 20. Jan nachm. 1,4 Uhr

Im Weissen Rößl

Lustspiel, Abends 1/8 Uhr, Friederike

Lebweisse elegante

Frad- und Rad-Anzüge

Herrn Monhaupt, Karlsruherstr. 11, Telefon 57082

Stadt-Theater Breslau

Opernhaus, Montag 18,30 Uhr, Abonnements-Vorstellung Serie D 10

Beerdigungsanstalt

C. Heymann

Bestattungs-Versicherung, Ueberführung und Feuerbestattung

Klosterstr. 97, Zweiggeschäft Gräbchener Str. 87, Tel. 58747

Prachtvolle Grüne Heringe

Pfund nur 22,-, Alle Sorten Seefische

in der Nordsee

Böhrauer Straße 2 - Schmiedebücke 18, Neue Schwelmsitzer Straße 10

Anderssonstraße 2 - Gräbchener Str. 8

Breslauer Fischhallen

Schmiedebücke 19, Neue Schwelms. Str. 18

Ämtliche Bekanntmachung von Weißstein.

Der Obersekretär Otto Krause in Weißstein ist zum Standesbeamten des Standesamtsbezirks Weißstein ernannt worden.

Weißstein, den 12. Januar 1929, Der Gemeindevorsteher Gertwig

Die kommunistische Genossenschaft

Monatliche Beilage zur Tagespresse der R.P.D.

Der ZGB. zur Kriegsgefahr

Nach einem reformistischen Schlagwort ist die Genossenschaft der Friede. Das dieses nur eine leere pazifistische Phrase ist, hat die letzte Sitzung des Zentralkomitees der Internationalen Genossenschafts-Allianz erneut erwiesen. Von Serop-Belgien lag dort eine Entschliessung vor, in der festgelegt wurde, dass der internationale Friede eine notwendige Bedingung für die Bewirkung des Genossenschaftsideals ist, und in der die Allianz beauftragt wird, durch den Völkerverbund auf die Regierungen einzuwirken, alle Konflikte auf dem Wege der Verständigung zu lösen und Massnahmen zur Einschränkung der Rüstungen zu treffen.

Sind die Reformisten wirklich so naiv, dass sie nach dem Bankrott der verschiedenen Abrüstungskonferenzen, den fieberhaften Rüstungen der imperialistischen Mächte, den Kriegsbündnissen gegen die Sowjetunion, den unter den Augen und mit Duldung des Völkerverbundes ständig geführten Kolonialkriegen annehmen, der Völkerverbund könne den Frieden sichern? So naiv sind die Reformisten natürlich nicht. Auch sie wissen, dass der Völkerverbund nichts anderes ist als ein Bund der imperialistischen Randstaaten und als Kulisse zur Vorbereitung neuer Kriege benutzt wird. Aber ihre Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie läßt ihnen auch hier keine Wahl: sie müssen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten gegen Sowjetrußland unterstützen. Sie haben die besondere Aufgabe, die Arbeiterschaft von der drohenden Kriegsgefahr abzulenken, und zu diesem Zweck müssen sie bei Gelegenheit mit einer pazifistischen Entschliessung parodieren.

Diese Rolle der Reformisten trat auch in der Sitzung des Zentralkomitees in der Genossenschaftsallianz deutlich in Erscheinung, als die Vertreter der Sowjetgenossenschaften eine Entschliessung zur Kriegsfrage einbrachten, in welcher der Völkerverbund nicht gelassen, sondern von der Allianz gefordert wird, die Massen im Kampf gegen den Krieg aufzurufen. In der Entschliessung wurde weiter vorgeschlagen, sich dem Beschluß der Internationalen Genossenschaftlichen Frauengilde über die Unterstützung des Vorschlages der Sowjetdelegation auf der Genfer Abrüstungskonferenz für die vollständige Abrüstung anzuschließen.

In dem radikalen Abrüstungsvorschlag Titimows haben die Internationalen Genossenschaftlichen Frauengilden ein geeignetes Mittel zur Verminderung der Kriegsgefahr gesehen, obwohl auch sie revolutionäre Mittel zur Behinderung neuer Kriege ablehnen. Bei ihrer Propaganda gegen den Krieg wendet sich die Frauengilde im Gegensatz zu der Genossenschafts-Allianz an die Arbeitermassen und insbesondere an die Arbeiterfrauen. So haben die Internationalen Frauengilden in einer Reihe von Ländern 127 Zustimmungsentwicklungen zum Abrüstungsvorschlag des Genossen Titimow erhalten. Die Tätigkeit der Frauengilden im Kampf gegen den Krieg ist zu vergleichen mit der Tätigkeit der sogenannten „linken“ Sozialdemokraten im allgemeinen, die mit radikalen Redensarten die Arbeiter im Lager des Reformismus halten müssen.

Die Diskussion über die beiden Entschliessungen führte in der Sitzung des Zentralkomitees der Genossenschafts-Allianz zu

seinem Resultat. Die erneute Behandlung der Kriegsfrage durch den ZGB. hat aber die Genossenschaftsführer in den einzelnen Ländern veranlaßt, ihrer Bourgeoisie erneut die Unterstützung der Kriegsvorbereitungen anzubieten. Der bekannte Volkswissenschaftler Herr Rasch darf natürlich dabei nicht fehlen. In Nr. 49 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ antwortet dieser Antisowjetist auf die Sitzung des Zentralkomitees der Allianz mit einem Artikel über die noch bestehende Befehls deutscher Landestelle. Dieser Artikel dürfte selbst in chauvinistisch-nationalistischer Hinsicht eine Spitzenleistung dieses Mannes mit den blingelnden Schweinsäuglein sein. Herr Rasch entwirft sich über den unmöglichen Frieden von Versailles und macht den ausländischen Genossenschaftlern den Vorwurf, daß sie vielsch „in den Schein nach Sicherungen gegen unser wehrloses Volk“ einklinken. Herr Rasch weiß kein anderes Mittel zur Sicherung des Friedens als die schnelle Beilegung der Befehls deutschen Landes, damit „dem ganzen deutschen Volk“ und den „schwer duddenden deutschen Genossenschaftlern“ die Freude an der Friedensarbeit nicht weiter vergällt werde.

Das paßt nicht schlecht zu den reformistischen Genossenschaftsführern, die den letzten Weltkrieg unterstützten und die Genossenschaftsmitglieder ständig zum Kriegsanleihezeichnen und Durchhalten aufforderten. Auf diese Leute kann sich die deutsche Bourgeoisie bei der Durchführung ihrer imperialistischen Pläne genau so gut verlassen, wie die Bourgeoisie der anderen Länder auf ihre reformistischen Genossenschaftsführer.

Die Kriegsrüstungen der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion, die die Reformisten aller Schattierungen unterstützen, werden bei großen Friedensphrasen mit aller Kraft fortgesetzt. Je lauter vom Frieden geredet wird, je näher ist der Krieg. Je mehr pazifistische Reden der reformistischen Genossenschaftsführer, um so stärker ist ihr Wille zur Unterstützung der Bourgeoisie ihres Landes im Falle des Krieges. Angehts des Genes der Lage dürfen die Kommunisten in den Genossenschaften keine Gelegenheit verpassen lassen, um die Genossenschaftsmitglieder auf die große Kriegsgefahr hinzuweisen und sie gegen den Krieg zu mobilisieren. Der Abrüstungsvorschlag der Sowjetunion wäre ein Schritt auf dem Wege zur Beilegung der Kriegsgefahr, den aber die imperialistischen Staaten nicht tun können. Das legt uns die Pflicht auf, alles daran zu setzen, damit beim Ausbruch eines Krieges auch die Genossenschaftsmitglieder mit dem Klassenbewußten Proletariat diesen mit dem Bürgerkrieg beantworten.

Ablehnung proletarischer Solidarität im Süttenarbeiterkampf durch die Reformisten

Es genügt der reformistischen Bürokratie des Zentralverbandes in Hamburg nicht, daß sie schon zweimal in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ festgelegt haben: Die im Kampfgebiet gelegenen Konsumvereine haben während des Süttenarbeiterkampfes keine proletarische Klassen-solidarität geübt, sondern die in Not geratenen Mitglieder aus „Nächstenliebe“ unterstützt. In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ vom 29. Dezember 1928 faßt sich die reformistische Bürokratie erneut verpflichtet, zu den Unterstützungsmaßnahmen der rheinisch-westfälischen Konsumvereine in kommunistischer Beleuchtung Stellung zu nehmen. Einleitend heißt es:

„Es wurmt die wachsenden Moskajünger, daß die deutschen Konsumvereine sich von ihnen nicht zu Lorbeeren verleiten lassen. Deshalb schimpfen sie wie die Rohrpacken und setzen das herab, was diese Konsumgenossenschaften in Einklang mit Gesetz und Satzungen für ihre ausgesperrten Mitglieder getan haben.“

Es wäre besser, die Kommunisten könnten nicht „schimpfen“ wie die „Rohrpacken“ und die gewährte Unterstützung „herabssetzen“, dazu wäre kein Grund vorhanden, wenn die Konsumvereine in dem bedeutungsvollen Süttenarbeiterkampf ihre proletarische Klassenpflicht erfüllt und alles im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit Mögliche geleistet hätten. Selbst im Kampfgebiet sind die den ausgesperrten Genossenschaftsmitgliedern ge-

währten Unterstützungen minimal gewesen. Die Konsumvereine außerhalb des Kampfgebietes haben, soweit sie unter reformistischer Leitung stehen, zusammen mit der reformistischen Bürokratie in Hamburg keinen Finger gerührt, um eine zentrale Unterstützungsaktion zu organisieren.

Auch jetzt tun die reformistischen Bürokraten so, als ob sie die entscheidende Frage, um die es sich für die Konsumvereine bei der Unterstützung des Süttenarbeiterkampfes handelt, nicht begreifen. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ erklärt:

„Wer die Wohlthaten der Konsumvereine entgegen will, muß treu kaufendes Mitglied werden. An der kommunistischen Glorifizierung der Organisationslosen werden die Genossenschaften nicht beteiligen, und den Besuchen, sie auf schiefen Bahnen zu schieben, werden sie auch weiterhin schärfsten Widerstand leisten.“

Für die reformistischen Genossenschaftsführer mit ihrem Krämehorizont existieren die Konsumgenossenschaften außerhalb der Klassenkämpfe, und es ist für sie auch unwichtig, ob bei dem bedeutungsvollen Süttenarbeiterkampf ein materieller Erfolg oder Mißerfolg für die Arbeiterschaft herausgeht. Von den 218 000 ausgesperrten Metallarbeitern waren drei Viertel nicht gewerkschaftlich organisiert, und die Zahl der gewerkschaftlich unorganisierten Metallarbeiter ist sicher nicht höher. Die reformistischen Gewerkschafts- und Genossenschaftsführer beschränken sich darauf, dem einen Drittel der ausgesperrten Arbeiter Unterstützung zu gewähren. Sie wissen natürlich, daß der größere Teil der Arbeiter, die keine Unterstützung in einem solchen Kampf erhalten, leicht von den Unternehmern ausgebeutet werden können zur Durchbrechung der einheitlichen Kampffront und zur Wiederaufnahme der Arbeit unter den Unternehmern genehmen Bedingungen. Die reformistischen Führer brauchen solche Stimmungen der unorganisierten Arbeiter, um dann rechtzeitig genug den Kampf abwürgen zu können und die Interessen der Arbeiter schmählich preiszugeben. Deshalb haben auch im Süttenarbeiterkampf die reformistischen Genossenschaftsführer die minimalen Unterstützungen der Konsumvereine im Kampfgebiet auf die Genossenschaftsmitglieder beschränkt. Sie haben es unterlassen, die Unterstützung allen Aussperrten zu gewähren und diese günstige Gelegenheit zu einer umfassenden Werberarbeit für die Gewinnung Jehntausender neuer Mitglieder für die Konsumvereine des Kampfgebietes auszunutzen.

Für Millionen Arbeiter laufen in den nächsten Monaten die Tarifverträge ab, so daß mit dem Ausbruch neuer Wirtschaftskämpfe zu rechnen ist. Schon in diesen Kämpfen muß es in noch weitergehendem Maße als im Süttenarbeiterkampf geschehen, die Konsumvereine in die Unterstützungsaktion einzubeziehen. Die Beispiele der proletarisch geleiteten Konsumvereine im Süttenarbeiterkampf müssen ein Ansporn sein, um die Arbeit in den Genossenschaften für die proletarische Klassen-solidarität zu verdoppeln. Auch die revolutionären Gewerkschaftsmitglieder sind verpflichtet, sich noch viel mehr in den Gewerkschaften für die genossenschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen einzusetzen und beim Ausbruch der Kämpfe in den Streikversammlungen Stellung zu nehmen. Die gemeinsame Arbeit der revolutionären Gewerkschafts- und Genossenschaftsopposition wird es schaffen, daß die Arbeiterkonsumvereine immer mehr in den Wirtschaftskämpfen ihre proletarische Solidarität erfüllen.

Genossenschaftsführer als kapitalistische Aufsichtsräte

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine (GG.) hat bekanntlich ungefähr 1 Million zum Ankauf von 500 000 Markt Aktien des Scheuerkonzerns*) aufgewandt, die mit vermandt werden, um den Werttätigen das Brot zu verteuern. Für diesen Liebesdienst wurden in der Generalversammlung des Scheuerkonzerns die Herren Büchlein-Hamburg und Mirus-Persin als Vertreter der GG. in den Aufsichtsrat gewählt. Büchlein und Mirus wurden ebenfalls von den Kapitalisten in den Aufsichtsrat der „Deutschen Mühlenvereingung“ gewählt, die vom Scheuerkonzern beherrscht wird. Im Aufsichtsrat des Scheuerkonzerns sitzen die Vertreter der Agar- und Bankkapitalisten, der Landbunds- und Mittelstands-Genossenschaften; insgesamt gehören dem Aufsichtsrat 37 Personen an. Der Leiter der Arbeiterbank, Dr. Bachem, Georg Schmidt vom Deutschen Landarbeiterverband und Dr. Erik Bode zieren weiter als Sozialdemokraten den Aufsichtsrat des Scheuerkonzerns. Wir bezweifeln, daß es gelingen wird, der Arbeiterschaft teures Brot mit sozialdemokratischer Hilfe schmacht zu machen. Für solche Früchte der sozialdemokratischen Wirtschaftsdemokratie dürfte sich die Arbeiterschaft bedanken.

*) Siehe den Artikel in der November-Kammer des „RG.“

Sozialdemokratische und christliche Genossenschaftsführer zu den Anträgen im Reichstag

Die Leitung des Zentralverbandes in Hamburg hat in der Genossenschaftspresse die von der kommunistischen Fraktion im Reichstag eingebrachten Anträge nicht veröffentlicht. Dafür polemisierte die Bürokratie in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ gegen die von der kommunistischen Fraktion beantragte Änderung des Genossenschaftsgesetzes, vor allem gegen die Befreiung des geleslichen Verkaufsverbots an Nichtmitglieder.

Neuerdings hat die am 19. Dezember in Bochum stattgefundene Sitzung des Vorstandes, Ausschusses und der Sekretäre des Verbandes für Rheinland und Westfalen zur Änderung des Genossenschaftsgesetzes Stellung genommen. Wie die „Rundschau“ vom 29. Dezember 1928 berichtet, ist der Beschluß gefaßt, daß sowohl aus genossenschaftlichen als auch besonders aus steuerlichen Gründen heraus denselben (den Anträgen — die Redaktion) nicht beigetreten werden kann. Ueber diesen Beschluß jubeln natürlich die reformistischen Führer, weil hier im Interesse der sozialdemokratischen Koalitionspolitik der von Hamburg erteilte Auftrag durchgeführt wurde.

Bezeichnend ist, daß sich die Sitzung in Bochum mit den übrigen Anträgen der kommunistischen Reichstagsfraktion nicht befaßte. Man schweigt zu dem Antrag über die Aufhebung sämtlicher Zölle und dem Eventualantrag, daß der GGG. und Gepag bei der Einfuhr von Lebensmitteln und Kolonialprodukten zur Deckung des Bedarfs der angeschlossenen Konsumvereine Zollfreiheit gewährt werden soll. Ebenso schweigt man zu dem Antrag, der die Befreiung der Umschlagsteuer und dem Eventualantrag, der die Befreiung der Konsumvereine von der Umsatzsteuer verlangt. In diesen Anträgen wurden keine Rückschlüsse gefaßt. Über die Anträge werden nicht einmal die Genossenschaftsmitglieder informiert noch irgendwie mobilisiert, um eine Unterstützung der Anträge zu erreichen. Die reformistischen Führer, die öfter über die Heranziehung der Konsumvereine zur Zahlung der Umsatz- und Gewerbesteuer protestieren, die sich angeblich gegen die Belastung der Arbeiterschaft mit Zöllen wenden, zögern keinen Finger, um diese wichtigen Anträge der RPD. irgendwie zu unterstützen.

Die RPD. hat bei der Änderung des Genossenschaftsgesetzes auch die Befreiung der Paragraphen 81 und 149 verlangt, die den Konsumvereinen die politische Betätigung verbieten. Natürlich scheuen sich die reformistischen Führer nicht, mit diesen Paragraphen des Genossenschaftsgesetzes heute gegen die revolutionäre Opposition zu registrieren. Und so verteidigen sie die Aufrechterhaltung dieses Ausnahmestills.

Über nicht einmal die Frage der Befreiung des geleslichen Verkaufsverbots an Nichtmitglieder wird ja von den reformistischen Bürokraten nichtig gestellt. In der „Konsumgenossenschaftlichen Praxis“ vom 1. November 1928, dem Organ des Verbandes der christlichen Konsumvereine, nimmt der Reichsverbandsschreiber Schlad in einem Leitartikel zu den kommunistischen Genossenschaftsanträgen in Reichstags Stellung. Zur Frage des Verkaufsverbots an Nichtmitglieder vertritt Schlad die Auffassung, daß diese Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes ein Hindernis gegen die Konsumgenossenschaften sind und deren

Entwicklung und Betätigung hemmen sollten. Schlad weist auch darauf hin, daß das Vorgehen der Händlervereinigungen und der Klassenjustiz gegen die Konsumvereine durch das Bestehen dieser Bestimmungen ermöglicht wird. Deshalb kommt Schlad zu dem Schluß, daß die diesbezüglichen Paragraphen des Genossenschaftsgesetzes fallen müssen. Diese Befreiung des geleslichen Verkaufsverbotes an Nichtmitglieder überläßt den Konsumgenossenschaften jederzeit selbst die Entscheidung, ob die Warenabgabe nur an Mitglieder oder auch an Nichtmitglieder erfolgen soll. Auch darauf weist Schlad hin, indem er schreibt:

„Das Fallen dieser Paragraphen hat nichts damit zu tun, ob die Konsumgenossenschaften die Abgabe von Waren auf den Kreis der Mitglieder beschränken oder nicht. Das ist ihre eigene Sache, über die sie selbst zu entscheiden haben.“

Wir bezweifeln allerdings, daß das Zentrum im Reichstag eine größere Zahl Abgeordneter für diese beantragte Änderung des Genossenschaftsgesetzes stimmen läßt. Wahrscheinlich wird Herr Schlad wieder beim Zentrum mit einigen Abgeordneten allein bleiben.

Zur Unterstützung des Antrags wegen Befreiung aller Lebensmittel- und Industriezölle kann sich Schlad natürlich nicht bereit finden. Er erklärt, daß die Schöpselle notwendig seien, und nur ein „Abbau“ der Zölle zuzum erörtern. Die Praxis zeigt, daß das Zentrum jede Zollerhöhung der Bürgerkriegsregierung und der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung bewilligt hat. Schlad wendet sich auch gegen den Eventualantrag der RPD., daß der GGG. und Gepag Zollfreiheit gewährt werden soll.

In der Frage der Befreiung der Konsumgenossenschaften von der Umsatzsteuer erinnert Schlad an das Steuerkompromiß im Jahre 1922, wo er als einziger Abgeordneter mit den Kommunisten für die Umsatzsteuerfreiheit der Konsumvereine gestimmt habe. Die SPD. hat damals, aber ebenso das Zentrum, die Interessen der Genossenschaftsmitglieder an der Koalitionspolitik willen preisgegeben. Es wird die Frage gestellt, wie es der jetzige sozialdemokratische Minister Hilferding zu diesem Antrag stellen wird. Ueber das Verhalten Hilferding gibt es kaum einen Zweifel. Er hat schon im Jahre 1923 als Finanzminister bei der Erhöhung der Umsatzsteuer nichts für die Befreiung der Konsumvereine von dieser Steuer getan. Sicher wird auch die Zentrumsfraktion bei dieser Abstimmung gegen die Befreiung der Konsumvereine von der Umsatzsteuer auftreten.

Die reformistischen Führer des Zentralverbandes und Reichsverbandes wünschen, daß von den proletarischen Genossenschaftsmitgliedern zu diesen genossenschaftlichen Anträgen nicht Stellung genommen wird. Nicht zuletzt deshalb unterdrückt ja die Redaktion der „Rundschau“ diese Anträge. In den stattfindenden Beratungen der Genossenschaften müssen die Mitglieder zu den Anträgen und zu dem verberblichen Verhalten der sozialdemokratischen und christlichen Genossenschaftsführer Stellung nehmen. Für diese Anträge muß die genügende Unterstützung durch die Genossenschaftsmitglieder geschaffen werden.

Breslau, 14. Januar.

Preffstimmen zum Goermus-Konzert

Wir veröffentlichen nachstehend die Urteile einiger wohlgemeint nicht kommunistischer Zeitungen, die beweisen, daß selbst Gegner der revolutionären Bewegung sich dem gewaltigen Eindruck der Goermus-Konzerte nicht entziehen können:

Die Bielefelder Volksmacht vom 21. 7. 1928 schreibt: Wenn ein Musiker auftritt, die Gelge aber nicht zum Sinn hebt, stattdessen das Wort ergreift, um uns von Bach zu erzählen und seinem schwersten Geigenwerk, der Chaconne, dann sind wir zunächst bestrebt. Doch dann hören wir diese ganz schlichten, ganz einfachen und schmucklosen Worte, wir werden durch sie von neuem daran erinnert, daß diese großen Saal das arbeitende Volk überfüllt, jene Menschen, die nur Arbeit und geistige Not kennen. Sie kommen zu diesem ihrem Künstler, weil er den Versuch nicht scheut, ihnen den geistigen Gehalt auch eines solchen unzugänglichen Werkes deutlich zu machen und nahe zu bringen. Und was er gesagt, das spielt Goermus auch. Er spielt das Leid und den Kampf und die Trauer, er spielt die Niederlage und das Aufstehen und den endlichen Sieg. Er erzählt von der Not und Bedrängnis eines Bach, eines Mozart. Erzählt von ihrer Unbegreiflichkeit, ihrem Freiwerden in der Kunst, und mahnt, es ihnen nach zu tun. Ob das der Weg ist, auf dem der Arbeiter zu solcher Kunst gelangen kann, ist ja so gleichgültig. Ein Weg ist es gewiß, das zeigt sein Beispiel und sein Erfolg. Technische Fertigkeit auf der Geige, die der alten Maggini — seine wie Blarzel mußten ihm deutsche Polkisten vorschlagen. — Klänge von unsäglicher Schönheit entlocken, so vollkommen, wie wir es nur wünschen können.

Welfenländerer Volkswille vom 5. 11. 1928: Goermus ist ein Meister auf seinem Instrument, der sich trotz etwa neben Hubermann stellen kann in der Technik, dem er aber an Innigkeit des Spiels ganz entbehren überlegen ist. In Bachs Chaconne, die zum Vergleich mit Hubermann besonders herausfordert, wies sich auf das deutlichste aus. Wir danken dem Meister für den Abend.

Schmalldener Volksstimme vom 24. 11. 1928: Ein Kunstereignis besonderer Art war das Auftreten des bedeutenden russischen Künstlers Goermus, das bei dem guten Ruf, der dem Künstler vorausging, auch ein außerordentliches Haus vorfand. Der Abend war für den aufmerksamen Zuhörer mehr wie ein Genuß, er war ein geistiges Erlebnis. Des Vortrages des schwierigen Bachschen Violin-Solos „Chaconne“ entledigte er sich mit einer wahren Virtuosität.

Breslauer Arbeiter und Arbeiterinnen! Morgen Dienstag darf keiner zu Hause bleiben. Alles kommt in den Schießwerder zum Goermus-Konzert.

Drei Brände am Sonnabend

Am Sonnabend mußte die Feuerwehr drei größere Brände löschen. In der zehnten Stunde brannte im Rathaus, Zimmer 66, ein Balken, der sich am Schornstein entzündet hatte. Eine Stunde hatte die Feuerwehr zu tun, um die Gefahr für das Rathaus zu beseitigen. — Gegen 11 Uhr brach in einem der drei Maschinenhäuser der Gasse-Brauerei auf der Dfener Straße, ein Brand — wahrscheinlich durch die Entzündung ausfließenden Ammoniak — aus. Auch hier hatte die Wehr längere Zeit zu arbeiten. — Der dritte Brand ereignete sich im Hause Gartenstraße 38. Falsche Anlage des Ofens war hier die Ursache.

Am Donnerstag Stadtverordnetenversammlung

Die erste diesjährige Stadtverordnetenversammlung findet am Donnerstag statt. Nach dem Bericht über die Geschäftsführung des Vorjahres folgt die Neuwahl des Vorstandes. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Vorlagen: Kommunistischer Antrag auf Gewährung einheitlicher Unterhaltungsätze an sämtliche vom Wohlfahrtsamt unterstützten Erwerbslosen, Instandsetzung der Kolonnade und der Musiktribüne des Schießwerders, Mietung von Räumen für die Verwaltung der Elektrizitätswerke in Springerstraße 14 für 27 000 Mark, Anschaffung eines Röntgenapparates für das Wenzel-Gandek-Frankenhaus, Erhebung der Dfener Straße in Klein-Schanz, Bewilligung von 30 000 Mark zum Ausbau der Glasfachabteilung der Handwerker- und Kunstgewerbeschule zu einer Glasfachschule und Aufnahme einer Anleihe von 6 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbau.

Öffentlicher Lichtbildervortrag

Heute Montag 20 Uhr findet im „Luthhof“, Neue Antonienstraße, ein öffentlicher Kamerabildervortrag der Abteilung Zentrum mit Lichtbildervortrag statt, und zwar über „Der Aufstand der Wiener Arbeiter“. — Parteigenossen, Sympathisierende sowie Zeitungsleser sind hierzu eingeladen.

Ordnung zum Goermus-Konzert heute 19 Uhr im Schießwerder.

Mittelschlesien

Der Teplitzodaer Mörder geständig

Zu der furchtbaren Mordtat, die an der Witwe Belein in Teplitzoda verübt wurde, wird mitgeteilt, daß der Täter, der 26jährige Schmiedegeselle Tische, ein Geständnis abgelegt hat. Er hat die Witwe ermordet, um sich in den Besitz ihres Geldes zu setzen. Er fand jedoch nur 40 Mark vor. Das Geld benötigte er, um, wie bereits berichtet, seinen Bräutigam Anzug für die bevorstehende Hochzeit zu bezahlen. T. ist dem Amtsgericht Münsterberg zugeführt worden.

Ein polnisches Militärflugzeug notgelandet

Am Freitag 16.15 Uhr landete am Eisenbahnhofsbesetzungswerk in Dels ein polnisches Militärflugzeug, das mit zwei Hauptklienten besetzt war. Die Flugmaschine war französischer Konstruktion. Die beiden Polen geben an, sich verfliegen zu haben. Sie sind in Zwang (Galizien) aufgestiegen und wollten nach Bromberg. Sie wurden im Bahnhofshotel festgesetzt und die Regierung von dem Vorfall informiert.

Dhlau. Sonderbares Benehmen eines Polizeiwachmeisters. Am 8. Januar spielten im Lokal von Reich & Reichel mehrere Arbeiter Karten. Plötzlich kam auch der Polizeiwachmeister Kubusch in das Lokal, und zwar in angetrunkenem Zustand, und sagte zu den Arbeitern, die am Ausschank standen, sie möchten lieber kaufen als wie Karten spielen. Der Arbeiter E. aus Dhlau sagte zu dem Polizeibeamten: „Was die Arbeiter im Lokal tun, geht Sie gar nichts an. Rummern Sie sich um andere Angelegenheiten.“ Daraufhin sagte Kubusch zu E.: „Sie Arschloch und Sie Jüngling, wenn ich in Zivil wäre, würde ich etwas anderes mit Ihnen machen.“ Bei dieser Gelegenheit wurde E. auch mehrmals von Kubusch gestochen. Wir haben schon mehrmals Kubusch in angetrunkenem Zustande beobachtet. Die Arbeiterschaft protestiert gegen energisch gegen diesen Polizeibeamten und verlangt vom Bürgermeister, daß er diesen Beamten zur Rechenschaft zieht. Sollte unsere öffentliche Beschwerde wirkungslos bleiben, beschaffen wir uns vor, andere Maßnahmen zu ergreifen.

Am Sonnabend wurde die Wohnhausgruppe an der Bergstraße durch Stadtbaurat Ullrich für die Benutzung übergeben. Stadtbaurat Ullrich dankte für die Liebergabe und streifte in ihrer Rede die Tätigkeit ihres Vorgängers, allerdings ohne den Namen zu nennen. Im Herbst vorigen Jahres war Stadtbaurat Genosse Ullrich Dezerent der Obdachlosenverwaltung. Er verlangte damals entschieden die Beseitigung verschiedener Mißstände, und besonders drängte er auf Bereitstellung von Wohnungen für Familien, die getrennt wohnen mußten: Frau und Kinder auf der Magazinstraße, der Mann auf der Schußbrücke. Der Magistrat beschloß dann am 28. September und die Stadtverordnetenversammlung am 4. Oktober vorigen Jahres den Bau einer Häusergruppe an der Bergstraße. Die eingeschlossenen Häuser mit flachem Dach zeigen einfache, zweckmäßige Formen und sind um einen großen Hof gelagert, der später Grünanlagen tragen soll. Jetzt steht es allerdings noch wüst aus: Berg und Tal und Schutt. Es sind zusammen dreißig Häuser mit je zwei Normalwohnungen. Die in hellen Farben gestrichenen, etwas niedrigeren Wohnungen bestehen aus zwei größeren Zimmern mit je einem

Kochofen und einer einseitigen Kammer. Für die Zeit der Wohnungsnot, d. h. wohl für sehr lange, sollen die Wohnungen geteilt werden in der Weise, daß eine kleinere Familie das größere Zimmer, eine andere die übrigen beiden Räume bewohnen soll. Elektrische Eingänge vom Flur sind vorhanden. Da jedes Haus zwei Wohnungen enthält, kommen etwa 120 Familien für die Unterbringung in Betracht. Allerdings sind trotz der erfolgten Übergabe nicht alle bezugsfertig. Man hat wohl versucht, mit Trockenbänken die Feuchtigkeit zu vertreiben, das ist aber nur zum Teil gelungen, eine Folge der zum Bauen ungünstigen Jahreszeit und der kurzen Bauzeit. Die ganze Wohnhausgruppe wurde in 65 Arbeitstagen fertiggestellt. Der Außenputz konnte infolge des eingetretenen Frostes nicht vollendet werden.

In Aussicht genommen ist noch der Bau eines Wohnhauses, das dem Verwaltungsdirektor als Wohnung dienen und Bade-, Wasch- und Trockenräume enthalten soll. Da auf dem noch verfügbaren nördlich gelegenen Gelände die Wohnhausgruppe noch erweitert werden kann, bleibt es wünschenswert, daß durch bald in Angriff genommene Vergrößerungen die Not der Obdachlosen weiter gemildert wird.

Prozesse um Lohn und Arbeit

Wegen ganzen sechs Zigaretten wurde am 28. November v. J. die Zigarettenarbeiterin G. von der hiesigen Firma Galpaus, wo sie seit vier Jahren arbeitete, freigeschlossen. Die G. war an diesem Tage als Letzte in der Werkstatt gewesen, um aufzuräumen. Durch Ziehen einer roten Kugel war sie mit unter den Arbeiterinnen, die untersucht wurden wegen Zigaretten. Die Kontrolleurin fand in der Tasche ihrer Arbeitsschürze sechs Zigaretten. Dies wurde dem Direktor gemeldet und die G. entlassen. Sie hatte keine Erklärung, wie die Zigaretten in die Tasche gekommen waren. Sie hatte aber vorher an der Abnahmemaschine gearbeitet. Es bestand daher die Möglichkeit, daß von den Zigaretten, die sich beim Abstellen der Maschine stauten, beim Anlassen aber herauspringen, einige auf diese Weise in die Tasche gelangten. Der Betriebsrat erhob Einspruch gegen die Entlassung, dem aber nicht stattgegeben wurde. Die entlassene Arbeiterin klagte nun beim Arbeitsgericht durch ihren Verband auf Wiedereinstellung oder Zahlung von 561 Mark Entschädigung. Der als Zeuge erschienene Vorstehende des Betriebsrats sagte aus, daß durch die Arbeit an der Abnahmemaschine auf die oben geschilderte Weise sehr wohl einige Zigaretten in die Tasche der Klägerin gelangen konnten, ohne daß sie es merkte. Als der Vertreter der Klägerin bemerkte, man müsse scharf vorgehen, monatlich verschwinden ungefähr 10 Tausend Zigaretten, erklärte der Zeuge, daß die Firma den Beweis dafür bisher stets schuldig geblieben sei. Die Klage wurde abgewiesen.

Etwas mehr Glück hatte der Zuschneider W., den die Firma Dornborf, wahrscheinlich als Dank für geleistete 21jährige Dienste, am 16. Oktober v. J. entlassen hatte. W. erhob Einspruch dagegen, aber die Angelegenheit wurde damals dadurch hinausgeschoben, daß W. auf sechs Wochen zur Ausschilfe eingestellt wurde. Als er dann wieder seinen Einspruch geltend machte, erklärte man ihm, durch seine Ausschilfbeschäftigung wäre sein Einspruch hinfällig geworden. Darüber, daß das nicht der Fall ist, mußte sich nun der Vertreter der Firma vor dem Arbeitsgericht befehlen lassen. Der Vertreter des

Klägers konnte nachweisen, daß der Firma ein Nachteil durch die Weiterbeschäftigung des Klägers nicht entstanden wäre, da dieser im Akkord arbeitete. Außerdem liege eine unbillige Härte vor, da man bei der Entlassung jüngere Kräfte von auswärts in Stellung gelassen, dagegen den 62jährigen Zuschneider W. auf die Straße gesetzt habe. Das Gericht konnte sich diesen Argumenten nicht verschließen und erkannte auf Wiedereinstellung oder Zahlung von 800 Mark.

Hat einer einen Raub, ist es mit dem Dank des Vaterlandes aus. Das mußte der 90prozentige Kriegsbefähigte S. erfahren, der als Wächter bei der Breslauer Wachs- und Schmelzgesellschaft beschäftigt war. Er war in der Nacht zum 29. Oktober v. J. während eines Dienstes im Burgfeld angetrunken gewesen und auch mit den Passanten in Streit geraten. Der Portier des Magazins am Burgfeld meldete das und S. wurde darauf fristlos entlassen, trotzdem er seine Einstellung seit dem 1. Dezember 1917 beklagte. Auf Grund der nicht ganz einwandfreien späteren Rindlung klagte er nun vor dem Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung. Das Gericht gelangte zur Abweisung der Klage, da Trunkenheit bei einem Wächter Grund zur fristlosen Entlassung sei.

Wegen einer ähnlichen Sache war auch der Kellermeister K. von der Sauerbrauerei Dinter fristlos entlassen worden. K. hatte am 22. September v. J. eine Bierreise unternommen, dann im Hotel übernachtet und schließlich am nächsten Morgen die Zeit verschlafen, so daß die Fabrik, zu der er die Schlüssel hatte, nicht geöffnet werden konnte. Kesperbeschäftigter existierten, waren aber auch nicht zu finden. Ein Schlosser mußte die Tür öffnen. Obwohl K. die dadurch verursachten Kosten erlegte, wurde er entlassen. Er klagte nun vor dem Arbeitsgericht auf Entschädigung. Die Verträge der Inhaber der Firma, die Entlassung auch durch andere Gründe zu rechtfertigen, mißlingen. Da kein Schaden entstanden und einmaliges Zutätkommen zur fristlosen Entlassung nicht berechtigt, wurde die beklagte Firma zur Zahlung von 107 Mark verurteilt.

„Revolte im Erziehungshaus“

Schauspiel von Peter Martin Lampel — Erstaufführung im „Lobetheater“

Dem Dichter und Maler Peter Martin Lampel ist mit seinem Erfindungsgeist ein kühner Wurf gelungen. Mitten ins Schwarze, mitten in das Herz der verfaulenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung und verfaulenden Gesellschaftsmoral, die sich immer noch anmacht, mit Stolz und Gebotbuch die sogenannten vernünftigen proletarischen Jugendlichen zu erziehen. Lampels Revolte bricht in einem Erziehungshaus aus, das gekennzeichnet ist durch echt christlichen deutschen Geist, durch einen pflichtigen Direktor, der vollkommen unfähig ist, durch einen ähnlichen, brutalen Hausvater, der die Böglinge als Kanaille behandelt, und einen Erziehungsgehilfen, der eine willkürliche Kreatur seines Vorgesetzten ist. Die Tochter des Hausvaters ist eine Dirne. Sie gibt sich einem Bögling hin, der Spießbullen leistet, und reizt durch herausfordernde Polemik andere Jungens bis zum Wahnsinn. Diese ehrenwerte Hausvater, die mit dem Erziehungsgehilfen verlobt ist, genießt selbstverständlich das volle Vertrauen des Direktors. Sie erfüllt als Wirtschaftlerin die nicht ganz leichte Aufgabe, mit 55 Pfennigen Pflegegeld die Böglinge zu „bedürftigen“ und davon noch den Unterhalt für die eigene Clique zu bestreiten. Man kann sich vorstellen, welcher Fraß dann den Böglingen vorgelegt wird. Kohldampf ist an der Tagesordnung.

In dieses Erziehungshaus treten zwei „Neue“. Ein Hospitant, ein ehemaliger Offizier und Nationalist, der sich zum Sozialismus durchgerungen hat und sich bemüht, durch Güte, Verständnis und Kameradschaftlichkeit den Jungens zu helfen. Er erwirbt schnell das Vertrauen der Böglinge, die ihn Dunkel nennen, als auch den Haß und das Mißtrauen des Hausvaters und seiner Clique. Der andere „Neue“ ist ein von Anstalt zu Anstalt geogter keller Berliner Junge von grundständiger, proletarischer Gesinnung, ein Kerl von Troz und Latenztrug. Von Tag zu Tag spitzen sich die Verhältnisse in der Anstalt zu. Hausvater, Erziehungsgehilfe, Dirne und Spieß intriguieren gegen den „Dunkel“, hehen gegen den Neuen. Nachts prügelt der Hausvater einen Jungen, der einem anderen zur Flucht verhelfen wollte. Im Schlafsaal spielen sich erschütternde Tragödien ab. Der gefesselte Geschlechtstrieb erwacht. Ein Bögling, „Rosa“ von den Kameraden genannt, ein hübscher Bengel mit weiblichen Zügen, wird das nächste Opfer des erwachten Triebes. Erschüttert sieht das der Hospitant, warnt und klagt an. Vergeblich. Der Hausvater zuckt die Achseln, und der Direktor beantwortet die Forderungen des Hospitanten nach Aufhebung der Kastration der Böglinge mit christlichem Phrasenschaal. Das christliche Erziehungshaus sinkt deshalb, wie ein Bögling treffend sagt, schimmer als ein Vorbild. Die Dirne lockt auch den neuen Berliner Jungen in ihre Netze. Ein Tag bricht den siedenden Kessel zur Explosion. Nach einem ungenießbaren Mittagessen wird die Kammerkammer gestürmt, die Konserndbüchsen, für die ehrenwerte Familie des Hausvaters bestimmt, werden geleert. Zur Hilfe gekommene Landjäger werden mit Tellern bombardiert. Ein Kriegsrat beschließt, trotz Warnungen des „Dunkels“, die Revolte fortzuführen. Der Erziehungsgehilfe wird verprügelt, alle Alten werden vernichtet, dem Direktor, der in letzter Stunde versucht, mit süßlichen Redensarten und Erbauungsprüchen die Rebellierenden zu „beruhigen“, wird von dem Berliner Jungen in einer von prachtvollem Klassenhaß strotzenden Rede Wahrheit über Wahrheit in die

Vifage geschleudert. Die ganze Erbärmlichkeit dieses um seine Stelle zitternden Pfaffen zeigt sich in dieser Stunde. So sinnlos die Revolte der Jungens ist — Zuschauers oder Besängnis erwartet sie —, so ist sie doch die gesunde Reaktion auf jahrelange Unterdrückung und die Folge von aufgeschobenerm Haß. Die Jungens sind sich über ihr Schicksal klar, und einer spricht es aus: Nur das Proletariat wird durch seinen Sieg diese christlichen Erbauungsstätten wegessen. Ihren Wöhlstand findet die Revolte dann durch eine Hundertschaft Eipo, die von Berlin herbeigeholt wird. Prachtvoll die Schlussszene. Wir sind nicht so bumm, uns zu wehren, erklärt der Berliner Anführer. Wir wissen, was uns erwartet. Alle stehen zusammen, keiner verrät den anderen, und auch der Spieß, der sich vom Erziehungsgehilfen herlassen ließ, erklärt auf die Frage nach dem Rädelshführer: Hier ist kein Unterhändler, da ist einer wie der andere! Die Erziehungsanstalt wird aufgelöst. Die Böglinge werden abtransportiert.

Die gesamte bürgerliche Presse hat in den letzten Tagen eine unerhörte Heße gegen die Aufführung des Stüdes betrieben. In Leitartikeln wurde der Verfasser persönlich verunglimpft und versucht, eine Pogromstimmung gegen ihn zu entfachen. Der deutsch-nationale Landeshauptmann ließ in Gemeinschaft mit dem Dezerenten des sozialdemokratischen Oberpräsidenten die Theaterkritiker zu einer Besichtigung der Wollauer Erziehungsanstalt einladen. Doch die Heße und die Verurteilung zur Beeinflussung bewirkten das Gegenteil des beabsichtigten Zwecks. Das Theater war am Sonnabend bis auf den letzten Platz gefüllt, und die Aufführung erzielte einen durchschlagenden Erfolg. Bereits nach dem zweiten Akt war der Beifall tobend, und die Bisse eines Maders wurden vom Publikum durch immer stärker einsetzenden demonstrativen Beifall beantwortet. Duzende Male mußte der Vorhang hochgehen, Darsteller und Dichter wurden bis zur Ermüdung hervorgerufen.

Nach dem letzten Akt steigerte sich der Beifall zu einer einzigen Ovation. Solche Szenen, solche Begeisterung hat das Lobetheater in den letzten Jahren auch bei Gastspielen nicht erlebt. Der elterne Vorhang war bereits heruntergelassen, und immer wieder donnerte der Applaus, immer wieder erklangen Bravo- und Hervorrufe, bis Dichter und Hauptdarsteller vor der kleinen eisernen Tür sich nochmals dem Publikum zeigten. Auch auf der Straße sammelte sich Publikum an, um am Ausgang des Theaters Verfasser und Darstellern Ovationen zu bereiten.

Max Dohls hatte den Erfolg des Schauspiels außerordentlich wirksam durch seine Regie unterstützt. Hinzu kam gute Besetzung. Reim gab den Hausvater. Das sagt alles. Es war eine Glanzleistung, die wieder einmal die Viefeltigkeit Reims würdigen. Erst als Direktor war zeitweilig tätig. Die binnenhafte Tochter des Hausvaters wurde durch Frau Thyllen glaubhaft verübert. Den Hospitanten spielte Galle, eine hervorragende Besetzung war Bechell als der „Neue“ und Gäh als Kurt (Spieß). Auch der Erziehungsgehilfe wurde treffend dargestellt.

Waldenburger Bergland

Meldet die Kinder vom Religionsunterricht ab!

Die freie Elternvereingung Waldenburg schreibt: Am 1. Dezember 1928 geschah das erstmalig die Anmeldungen neuer weltlicher Schulen oder Sammelklassen gemäß Ministerialerlaß vom Juni 1928. Dieser Erlaß stellt bekanntlich fest, daß nicht mehr die örtlichen Schuldeputationen das letzte entscheidende Wort über die Errichtung neuer weltlicher Sammelklassen zu sprechen haben, sondern daß sie in diesem Falle ausführendes Organ der vorgeleiteten Behörde sind. Bisher überließen die konfessionellen Kreise den Hauptkampf gegen die weltliche Schule meistens den reaktionär zusammengesetzten Schuldeputationen, die fast regelmäßig die Errichtung neuer Sammelklassen ablehnten. Jetzt aber, da der Beschluß der Schuldeputation allein nicht mehr entscheidend ist, tritt eine neue Kampftruppe gegen uns ins Feld: die liberalen Lehrer. Diefelben behaupten, die bisher erklärten, jeden Einfluß der Kirche auf die Schule ablehnen zu müssen, leisten jetzt der Kirche Vorwanddienste, indem sie Träger des Kampfes gegen unsere Schule werden. Sacht auf uns, so sagen sie, sind wir nicht freibeitlich eingestellt, sind wir nicht arbeiterfreundlich! Wozu braucht ihr Arbeiter bei uns eine weltliche Schule? Die weltliche Schule leistet außerdem weniger als wir in unseren konfessionellen Schulen, daher überlastet uns weiter eure Kinder!

Arbeitereltern, darum, zum ersten Male, die Augen auf! Seht euch eure „Freunde“ unter den „freibeitlich“ genannten Lehrern genau an. In einem Orte z. B. lehrten die Lehrer die weltliche Schule aus „sozialpädagogischen“ Gründen ab. Sie fanden für ihre Ablehnung einen Begriff, der auch besonders schmackhaft sein sollte. Wenn man aber weiß, daß sehr viele dieser Lehrer nicht zeitig genug mit Gehrod und Spindler zur Kirchendivision gehen konnten, um dort vor dem Herrn Superintendenten zu dienen, der weiß auch, daß diese Lehrer unter einem freibeitlichen Mäntelchen die Geschäfte der Kirche besorgen.

Weiter verjagen konfessionelle Lehrer in der Klasse vor den Kindern die weltliche Schule herabzusetzen. Die weltliche Schule taugt nichts, „die göttlichen Menschen sind die dümmsten“, solche und ähnliche Bemerkungen sind jetzt nach dem 1. Dezember schon in konfessionellen Schulen gefallen. Der Zweck dieser Ausprüche liegt klar zutage. Darum, Arbeitereltern, zum zweiten Male, die Augen auf! Wenn euch solche Vorkommnisse bekannt werden, meldet sie sofort eurem Elternvereinsvorsitzenden, der sie an die zuständigen Stellen weiterleitet. Das nötige Material wird dem Ministerium unter-

breitet werden, da es Verstöße gegen die entsprechenden Ministerialerlässe (gesammelt von Theegarten, „Sammelklassen und Sammel-schulen“, 2. Auflage, Seite 21, 22 und 23) beweist.

Im übrigen aber beweist der neuerliche Kampf gegen unsere weltliche Schule, daß die Arbeiterkraft auf dem richtigen Wege ist, wenn sie überall weltliche Schulen fordert und sich dadurch von den reaktionären Mächten, gleichviel welcher Farbe, befreit.

Gleich Null

ist die angelegte Steuerenkung in ihrer Auswirkung.

Am Mittwoch tagte die Gemeindevertretung in Dittersbach. Eine sehr kurze Tagesordnung stand zur Beratung. Desto mehr wurde um wichtige Dinge gestritten, wobei sich besonders Abgeordneter Lange (Zentrum) gegen die Sparmaßnahme des Rates, um doch am Schluß die angeforderten Mittel zu bewilligen. Ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde, gab Gemeindevorsteher Koeber bekannt, daß der Abgeordnete Erich Scholz (F.P.D.) zu Tode verunglückt ist, worauf sich die Anwesenden von den Plänen erholten. Koeber gedachte seiner Tätigkeit als Abgeordneter mit anerkennenden Worten. Abends wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten. Die Berufsschule hiesigen Ortes kann in diesem Jahre auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß soll eine Veranstaltung in der Form einer Ausstellung der von den Schülern angefertigten Arbeiten stattfinden, an die anschließend Theater- und Gesangsvorträge vorgeführt werden sollen. Die Gemeinde soll die entstehenden Kosten übernehmen, die vom Vorstand bis zu 300 Mark empfohlen wurden. Die kommunistische Fraktion lehnte die Mittel ab mit der Begründung, daß sie sehr wohl für den kulturellen Fortschritt eintreten und die Mittel zweckmäßiger verwenden würde, wenn sie eine Gewähr hätte, daß die Feier in proletarischer Form durchgeführt würde. Wir haben keine Verantwortung der bürgerlichen Ideologie Vorschub zu leisten. Wir kämpfen für eine neue Weltordnung, für den Sozialismus. Die Vertretungskosten für Jungelöhner wurden von 75 auf 150 Mark erhöht, jedoch mit der Maßgabe, Hilfskräfte nur dann heranzuziehen, wenn von allen Lehrern die vollen Pflichtstunden gegeben werden.

Als Neujahrsgabe gab der Gemeindevorsteher bekannt, daß die angeforderte Ermäßigung der Kreisabgaben von 21 000 Mark auf 13 000 Mark bewilligt worden ist.

Das bedeutet, daß die Bevölkerung von der Steuerermäßigung nichts zu spüren bekommt.

Die Senkung wurde gegen die Stimmen der Kommunisten auf die Grundvermögenssteuer, Lohnsummen- und Gewerbeertragssteuer verteilt. Die Kommunisten hatten beantragt, die 13 000 Mark nur zur Senkung der Grundvermögenssteuer zu benutzen, da diese von

den wirtschaftlich Schwächeren, also von der Arbeiterkraft getragen werden muß. Die vorgenommene Steuerenkung ist eine Komödie. Die Arbeiterkraft muß daraus ihre Lehren ziehen.

Unter Punkt „Verschiedenes“ gab Gemeindevorsteher Koeber bekannt, daß das Steuerjahr 1929 erhebliche Mehrkosten mit sich bringen wird. Die Etatsberatung wird darüber nähere Einzelheiten offenbaren.

Oberes Revier

Die haben es.

Der Fabrikbesitzer Westby aus Liebau war bei Rothenbach mit seinem Auto im Schnee stecken geblieben. Er verlor in der Aufregung und bei dem Bemühen, Hilfe herbeizuholen, eine Perlenkette mit Anhänger, die kostliche Brillanten aufwies. Ein armer Bergmann von hier fand das Kleinod, das einen wertvollen Familienschatz darstellte, und legte es in der Unkenntnis des Wertes des Fundes zu Hause achlos beiseite. Erst durch eine Anzeige in der Zeitung wurde der Finder von seiner Mutter auf den Wert des Fundes aufmerksam gemacht.

L.-L.-Feier in Niederl.

Morgen Dienstag 19 Uhr im Gasthof „Zum Viehtrug“: L.-L.-Feier. Kein Leser der „Arbeiter-Zeitung“ darf fehlen.

Schweldnitz

Schlummer Schabernad. Wahrscheinlich aus Rache wurde einer Familie in Croiswitz die gesamte auf dem Trodenboden aufgehängte Wäsche mit Schwefelsäure übergossen. Sie ist dadurch unbrauchbar geworden. Der Uebelthäter konnte noch nicht ermittelt werden.

Striegau

Der gestohlene Pelz. Dem hiesigen Steuerinspektor Walter war dieser Tage in einem Lokal ein neuer Gehpelz gestohlen worden. Am Donnerstag sah nun die auf dem Liegnitzer Bahnhof auf den Striegauer Zug wartende Tochter des Bestohlenen einen Mann, der den gestohlenen Pelz trug und in den gleichen Zug stieg. Die junge Dame entdeckte schließlich noch, daß im Gepäck über dem Fremden die ihrem Vater gehörigen Handschuhe lagen, die der Dieb aus dem Mantel entwendet hatte. Nachdem sie ihre Wahrnehmungen dem Schaffner mitgeteilt hatte und dieser feststellte, daß der Fremde eine Feinart bis nach Striegau befah, wurde dieser von der Bahnpolizei bei seinem Aussteigen auf dem Striegauer Bahnhof verhaftet. Er gab an, daß ihm der Pelz von einem „Unbekannten“ übergeben worden sei mit dem Auftrage, ihn der Striegauer Polizei abzuliefern. Die Rückfahrt hätte er ohne Mantel (!) angetreten.

Niederschlesien

Görlitz

Soermus in Görlitz

Es war nicht nur ein Genuß, sondern ein großes Ereignis, Soermus zu hören. Alle Erwartungen wurden übertroffen. Soermus ist kein Sensationskünstler, sondern ein Mensch, der mit ganzer Hingabe und ganzer Liebe die Arbeiterschaft in die Kunst einführen will. Mit seiner weichen Stimme überzeugt er auch den Nichtkunstverständigen. Wie wunderbar erläutert er seine Darbietungen. Er spielt Bach, ein Meisterwerk, das nur wenige spielen können. Soermus bringt fertig, 25 Minuten mit innigster Hingabe seines großen Könnens zu spielen. Handel, Mozart und Chopin spielt er, als wenn er alles selbst komponiert hätte. Die größte Leistung war wohl, als Soermus die „Roses-Fantasia“ von Paganini nur auf C-Gitarre spielte.

Die Wieder der Ausgetragenen und Unterdrückten zeigten ebenfalls sein großes Können. Soermus hat nicht nur Sinn für soziale ausgeprägte Musik, sondern er hat auch ein Herz für alle diejenigen, die in der kapitalistischen Welt unterdrückt und ausgebeutet werden. Für sie gibt Soermus sein ganzes Können, stellt sich in den Dienst einer großen Idee.

Soermus spielte in Görlitz im großen Saale der Stadthalle, der leider nicht allzu gut besucht war. Wer aber dort war, konnte mit Befriedigung nach Hause gehen; man hatte einen genialen Künstler gehört. Zuletzt gab Soermus noch ein paar Einlagen für die Kinder der politischen Gefangenen. Die dabei veranstaltete Teller-sammlung ergab den schönen Betrag von 103 Mark. Mit nicht enden-wollendem Vergnügen verabschiedete sich die Görlitzer Arbeiterschaft von ihrem „roten Geiger“.

12 000 Erwerbslose im Bezirk

Vom Arbeitsamt Görlitz wird geschrieben: Die Landwirtschaft hat zurzeit keinen Bedarf an männlichen Arbeitskräften. Von einzelnen großen Gütern kamen ältere Arbeitskräfte, die bereits länger als fünf Jahre (!) dort beschäftigt waren, zur Entlassung. In der Industrie der Steine und Erden kamen Glaschleifer und Glasmacher zur Entlassung. Am Metall-, Holz-, Leder-, Bekleidungs- und Spinnstoffgewerbe ist ein weiteres Steigen der Erwerbslosenziffer zu verzeichnen. Die Arbeitsmarktlage im Baugewerbe ist unverändert ungünstig. Die Beschäftigungsmöglichkeit für Musiker war sehr gering, dagegen für Anstaltspersonal im Gaststättengewerbe befriedigend. Infolge des anhaltenden Frostes war die Arbeitsmöglichkeit in der Gruppe Lohnarbeit wechselnder Art gering. Die Vermittlungstätigkeit beschränkte sich lediglich auf Anstellungen. Infolge Entlassungen am Jahreschluß ist die Zahl der arbeitssuchenden Angehörigen weiter erheblich gestiegen. Am 9. Januar waren in der Stadt Görlitz 5763 und im Bezirk des Arbeitsamtes — einschließlich der Kreise Görlitz-Land, Rothenburg und Hagenwerda — 12 760 Arbeit-suchende vorhanden.

Stadttheater. „Der Vogelhändler.“ Mit gut gewürztem Humor umrahmt konnte die diesjährige Aufführung einen vollen Erfolg erringen. Der partei Besatz zeigte deutlich, daß auch das Publikum auf seine Kosten gekommen ist. Herr Dingold hatte als Vogelhändler einen außerordentlich guten Tag. Angekommen war der Bauerndirch, und manchmal aus etwas sehr drehem Holze ge-nührt. Fräulein Witt (Briefschreiber) war eine ebenbürtige Partnerin. Die Kurfürstin wurde von Fräulein Maad Gaster sehr gut gespielt. Für guten und oft freien Humor sorgten Fräulein Broch und Herr Wieland. Regisseur war die ausgezeichnete Figur für einen verlogenen Hofmeister. Herr Reichart konnte als verliebter Oberoffizier gut gefallen. Allen anderen Kämpfern sei auch die volle Anerkennung ausgesprochen. Herr Hochtritt sorgte für ein gutes Zusammenarbeiten zwischen Bühne und Orchester. Der Bühnenpieler, der auf der Bühne spielte, muß sich etwas mehr nach Sänger und Orchester richten. Die Bühnenbilder waren vortrefflich gelungen.

Penzig

Neue Zustände beim Arbeitsamt.

Unhaltbare Zustände müssen beim Görlitzer Arbeitsamt herrschen. Penzig, eine Zweigstelle des Görlitzer Arbeitsamtes, muß die Anträge

der Erwerbslosen erst alle nach Görlitz senden, um dann die Auszahlung der Erwerbslosen hier vorzunehmen. Nun geht das aber nicht so schnell. Die Anträge laufen vier bis fünf Wochen, ehe dann der Erwerbslose in den Genuß seiner Unterstützung kommt. Ein Verheirateter bekommt ja in der dritten Woche einen Vorschub von zehn Mark, aber höher nicht. Nun fragen wir einmal den Leiter des Görlitzer Arbeitsamtes: wie können solche Zustände überhaupt einreisen? Ein Prolet, der vom Kapital auf die Straße geworfen wird, kann doch nicht vier Wochen von der Luft leben. Oder fehlt es in Görlitz auf dem Arbeitsamt an Arbeitskräften? Aber das kann doch auch nicht sein, denn in Görlitz hat es doch auch über 5000 Arbeitslose. Die erwerbslosen Kollegen müssen geschlossen gegen solche Maßnahmen des Arbeitsamtes antreten.

Lauban

Ein Kind tödlich verbrüht

In der Familie des Stellmachermeisters Ohmann in Ober-Linda befand sich ein vierjähriges Kind in Pflege. Das Kind bekam eine Wärmflasche ins Bett, als sich plötzlich der Boden löste. Durch den Inhalt der Flasche wurde das Kind so schwer verbrüht, daß es an den Folgen der erlittenen Verletzungen gestorben ist.

Neusalz

Die Kirche läßt mit sich handeln.

Ende voriger Woche sah man die „Kinder Gottes“ ihre fällige Kirchensteuer für das Jahr 1928 bezahlen. Jeder einzelne hatte Eile, denn jeder fromme Christ wollte reklamieren, denn es war zuviel, was die Kirche verlangte. Es gab sehr aufgeregte Debatten. Von einem Schiffer, der das ganze Jahr hindurch auf der Fahrt ist, verlangte die Kirche 11,75 Mark Kirchensteuer. Dieser Mann stellte dem „Vertreter Gottes“ vor, daß er gewillt sei, eventuell zwei bis drei Mark zu bezahlen, aber nicht mehr, da er sonst ganz und gar aus der Kirche austrete. Das war natürlich dem Gottesdiener zuviel, und aus Angst, daß ihm wieder ein Schäflein verloren gehen könnte, brauchte der Prolet nicht die 11,75 Mark, sondern nur 1,20 Mark zu bezahlen. Man sieht daraus, wie die Kirche schächerl. Proleten, keinen Pfennig der Kirche! Hinein in den Freidenkertverband!

Goldberg

Ein Streit beim Mannshiezen

Während des Mannshiezens am 15. Juli 1927 kam es zwischen zwei Festteilnehmern zu einem Streit, der in Tätlichkeiten aus-artete, wobei der eine Streiter verletzt wurde. In dem folgenden Strafprozeß sagte nun die 30jährige Arbeiterfrau Ida Jöbel von hier unter ihrem Eide aus, daß der eine der beiden Streitkämpfer den anderen mit einem Eistlehner beworfen habe. Heute wurde die Frau vom hiesigen Schöffengericht wegen fahrlässigen Falscheibes zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt, ihr jedoch in Anbetracht ihrer bisherigen Unbeschuldetheit Strafausschließung angebilligt. Die Zeugenaussagen ergaben, daß der eine der beiden Streitenden, ein Drogist, wohl den Stuhl ergriffen, jedoch nicht geworfen hatte.

Baynau

Achtung, Jungarbeiter, Arbeitsdienstplicht . . .

„Achtung! Alle ungelerten Lebigen Arbeitslosen heute nach-mittag 15 Uhr im Volkshaus.“ So war zu lesen am Montagfrüh beim Stempeln. Fragend sahen sich die Jungarbeiter an, in der Hoffnung, Arbeitsmöglichkeit zu erhalten. Hoffnungsvoll schreites sie am Nachmittag zum Volkshaus. Nichtig, ein Angestellter des Arbeitsnachweises ist auch schon da und häutert mit mehreren Schiffskindern herum. Dann wurde den Jungarbeitern offenbart, wozu man sie eigentlich herbeigeholt habe. Ein sogenannter Landwirt-

schafsbund sucht nämlich Rekruten zu einem angeblichen Landwirtschaftskursus. Wir wollen mir ein paar Bedingungen aus den Statuten wiedergeben: Jeder hat zwei Angänge mitzubringen, einen Kleiderkasten, auch ein Musikinstrument kann mitgebracht werden. Die Kost ist frei, „Lachgeld“ gibt es im Monat 5 Mark, das macht den Tag ungefähr 15 Pfennig. Der Kursus besteht aus landwirtschaftlicher Arbeit, „Körperpflege“, Turnen und Ausmärschen und Abhalten von Schulstunden — sage Instruktionstunde. — Jungarbeiter, rüch das alles nicht sehr nach einer Arbeitsdienstplicht, wie sie der Stahlhelm und die Nazi fordern? Dieses alles will man bei Frankfurt a. O. Ober im „Fleischerhof“ durch-führen. Jungarbeiter, wir rufen euch zu: keinen Mann und keinen Groschen für diese verkappte militärische Jugendbergehung! Wägen die Großbauern und Rittergutsbesitzer ihre Söhne dort hin schicken, ihr gehört in die rote Klassenfront. Der Arbeitersportverein gibt euch die Gelegenheit zur Körperpflege, und die politische Schulung gibt euch der kommunistische Jugendverband und die Rote Jung-front. Erscheint reiflos, wenn euch die Rote Jungfront zur Pro-test-werksamung aufruft.

Vom R.F.D. Wir machen alle Kameraden auf die am Dienstag 20 Uhr im Volkshaus stattfindende Jahreshauptversammlung aufmerksam. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung (Wahl und Bericht von der Gaukonferenz) ist das Erscheinen Pflicht. Die Gruppenführer müssen die Kameraden bestellen.

Liegnitz

Lohnsteuer-Mitteilungen.

Alle Arbeitnehmer, die im vergangenen Jahre Lohn auf 311 erlitten haben durch Krankheit und Erwerbslosigkeit, können den zu-vielgezählten Lohnsteuerprozentlag zurüd bekommen. Die Anträge müssen bis zum 15. März beim Finanzamt Liegnitz eingereicht sein. Es dürfen nur vorgeschriebene Vorbrude benutzt werden.

Vom Schwurgericht. Am 14. Januar beginnt in Liegnitz die erste Schwurgerichtsperiode. Erster Termin ist gegen Herker und Mittäter aus dem Kreise-Bunzlau wegen Einbruch und verübten Totschlags. Am 15. Januar gegen die Hebamme Halbig aus Ottenberg wegen Meineid. Am 16. Januar gegen den Handlungsgehilfen Kühn aus Lüben-Mittadt wegen Meineid.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

- Breslau**
- Bezirk West. Alle Rastler empfangen Montag 19 Uhr „Englerheim“, Leubnitzstraße 72, Rucher und Warten.
- Nieder-Schlesien. Dienstag 19 Uhr im Gasthof „Zum Viehtrug“, Nieder-Schlesien, 4. B.-Feier. Dazu sind eingeladen Partei, Rote Hilfe und R.F.D. Kameraden. Zahlreiches Erscheinen Pflicht!
- Görlitz**. Montag 20 Uhr findet im „Fleischerhof“ eine kombinierte Mit-glieder-versammlung von Partei, R.F.D., R.F.D. und R.S. statt. Alle Mitglieder dieser Organisationen werden um vollzähliges Erscheinen er-lucht.
- Kommunistischer Jugendverband**
- Breslau**
- Gruppe Max Goeß. Dienstag 20 Uhr Heimabend im „Englerheim“, Leubnitzstraße. Gäste willkommen.
- Jung-Spartakus-Bund**
- Breslau**
- „Rote Matien“. Montag 18 Uhr Probe bei Genossen Robert.
- Gruppe Schottländer (Nord). Dienstag 18 Uhr Heimabend in der „Stadt-Ramslau“, Wallblaskstraße.
- Roter Frontkämpfer-Bund**
- Breslau**
- Abt. 2. Montag Kameradschaftsabend (Kursus). Referent Kam. Wieland.
- Abt. 1. Montag Kameradschaftsabend. Referent Kamerad Scholz.
- Abt. 4. Montag 19.30 Uhr Zugabende. Zug 1 und 3: Unterlenstraße 30 im Dresdener Viertel. Zug 2: Alexanderheim, Leubnitzstraße 72. Zug 4: Wobbebild im besetzten Lokale. Thema: Reichsstreifen.
- Abt. 6. Montag 20 Uhr Kameradschaftsabend zugewie. 1. Zug: bei Bante, 2. Zug: im „Fleischerhof“.
- Oppau**. Dienstag 20 Uhr im „Volkshaus“ Generalversammlung. Bericht von der Gaukonferenz.
- Sonstige Organisationen.**
- Freiburg. Ballspiel für Arbeiter und Ernährungsvereine. Montag 20 Uhr im „Grünen Baum“ Generalversammlung.

Gottesberger Societäts-Brauerei A.-G.

Niederlage Gottesberg in Schlesien

empfehlbare vorzüglichen Biere — hell und dunkel — in Gebinden und Flaschen

Praxis der Vertrauensärzte

Ein Arbeiter in Weiskirchen hat infolge Nationalisierung (Sprich: kapitalistische Profitgier) schon mehrere Jahre hindurch nur den Sommer über Arbeitslosigkeit. Seine Wohnung ist ein 2x2 Mtr. großer Stall. Drinnen steht außer dem Ofen und einer Kiste nur ein Bett, in dem des Nachts gerade Frau und Kind Platz haben. Der Arbeiter ist gezwungen, des Nachts seine müden Knochen auf einem Pflaster hinzulegen und mit alten Lumpen zu bedecken. Das geht nun Sommer und Winter so. Also durchaus kein Wunder, wenn der Prolet krank wird. Der kranke Arbeiter geht zum Krankenschwartz Ullmann und läßt sich untersuchen. Dr. Ullmann stellt rheumatische Leiden fest. Ein paar Tage darauf wird der kranke Arbeiter zum Vertrauensarzt bestellt. Er wird vom Sanitätsrat Dr. Haase-Gleiwitz ebenfalls untersucht. Der findet nichts. Nur wenn ein kranke Arbeiter sich von zwei Ärzten untersuchen läßt, der eine findet und erkennt die Krankheit, der andere nicht. Wir stehen doch schließlich im Zeichen der Nationalisierung im Interesse des höheren Profits. Also muß gepart werden an Zeit, an Geld, am Proleten, damit die Krankenkasse höhere Ueberschüsse erzielt und dadurch den Ärzten wiederum höhere Honorare zahlen kann.

Fürwahr, ein Sanitätsrat hat mehr ärztliche „Fenntnisse“. Aber ein Arzt steht fest, Herr Sanitätsrat: wollten Sie mit Ihren Privatpatienten in derselben Weise wie mit den Proleten verfahren, dann wäre es um Ihre Praxis schlecht bestellt. Das brauchen Sie allerdings einstweilen noch nicht zu befürchten, denn letzten Endes ist ja die Krankenkassenversicherung in ihrer Form seit anno Dismarck nichts weiter als ein großzügiger Unterstützungsverein für approbierte Ärzte. Für uns Arbeiter bleibt aber die Lehre: Die Wissenschaft ist ein Machtmittel der herrschenden Klasse zur Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse. Sie bleibt deshalb ein Arbeiterfeind, solange sie nur ein Vorrecht der Begüterten ist. Dieser Zustand kann nur durch den unerlöschlichen Klassenkampf beseitigt werden. Darum, Arbeiter, hinein in den Klassenkampf, den einzig und allein die SPD. führt.

Syndikalist Bennet, Redakteur der „Freiheit“, glaubt Kommunisten verleumden zu können

Das vom Syndikalisten Theodor Bennet aus Ratibor redigierte Blättchen brachte in der Nummer 1 gegen den Genossen Popella, Ratibor, Anschuldigungen, auf die der Genosse P. gezwungen ist, in der nachstehenden Erklärung mit diesen Verleumdern abzurechnen.

Erklärung.

Ich war bei der Firma Böhler beschäftigt und fungierte vier Jahre als Betriebsratsvorsitzender. Daß ich kein Schmarotzer und Zuträger bei der Verwaltung war, wie Bennet es magt, zu behaupten, geht schon aus der Tatsache hervor, daß ich von der Belegschaft ununterbrochen zum Betriebsrat gewählt worden bin. Die Syndikalisten, die eine Gegenliste aufstellten, brachten nur einen Mann durch. Dieser seitherzeit genährte Rhetika ist aus dem Jahre 1922 als polnischer Nationalist bekannt. So eine Blüte stellen die Syndikalisten auf die Liste. B. stellt die freche Behauptung auf, daß ich zu feig war, mich nach der revolutionären Bewegung anzuschließen. Wahre ist, daß ich schon seit 1919 in der revolutionären Bewegung stehe. „Kleiner Schärer“, wo waren Sie denn damals? Warum meine Familie vom Wohlfahrtsamt Unterstützung bezogen hat, will ich der Öffentlichkeit unterbreiten. Als ich im Jahre 1924 im Krankenhaus lag und meine Familie mit sieben Kindern zwölf Mark Krankengeld bezog, stellte sie den Antrag auf Unterstützung beim Wohlfahrtsamt, und bekam auch monatlich zehn Mark. B. behauptet, daß ich dafür als Stadtverordneter den Mund gehalten habe. So eine dreiste Lüge glaubt B. seinen Lesern vorsetzen zu können. Die arbeitende Bevölkerung kennt meine revolutionäre Tätigkeit und wird selbst über diese Schmiererei zu urteilen wissen. Es stimmt, daß ich als Vorkarbeiter bei Reichsautobahnen bei der Stadt beschäftigt gewesen bin. Auch B. war seitherzeit beim Wasserbauamt als Vorkarbeiter tätig. Da ich erwerbslos bin, habe ich diese Arbeit bekommen, natürlich bei dem gleichen Lohn wie die übrigen Proleten, wogegen B. einen Vorkarbeiter für seine Antreibererlei erhielt. Unwahr ist, daß ich den Ratiborer Bürgermeistern Zuträgerdienste geleistet habe. Einen Beweis ist B. schuldig geblieben.

Diese Hege gegen mich ist nur zurückzuführen auf den immer mehr steigenden Einfluß der Kommunisten unter den Erwerbslosen. Damit glaubt man die SPD. bei den Arbeitern zu diskreditieren. Die Ratiborer Arbeitslosen wissen zu gut, wer für ihre Interessen eintritt, die Kommunisten oder die „Edelrevolutionäre“ vom Schlage eines Bennets. Trotz des Geschreis dieses auf Sensationen ein-

gestellten Blättchens wird die wertvolle Bevölkerung hinter den Kommunisten stehen. Da helfen auch keine Verleumdungen der „Freiheit“.

Hindenburg Arbeiteröffentlichkeit fordert durch die Kommunisten Rechenschaft

Die hinter den Kulissen sich abspielende Politik des Oberbürgermeisters Zukaschek, die sich zum Schaden der breitesten Bevölkerungsschichten auswirken wird und muß, veranlaßt die Kommunisten, zum Magistrat Rechenschaft zu fordern.

1. Interpellation.

Die kommunistische Fraktion des Stadtparlamentes ersucht den Magistrat in der Stadtverordnetenversammlung vom 15. Januar 1920 um Auskunft über den Inhalt des mit dem Gartenbauarchitekten Ullinger, Berlin, abgeschlossenen Vertrages und ferner, warum der Magistrat es unterließ, den Vertrag ohne Wissen der Stadtverordnetenversammlung abzuschließen.

2. Interpellation.

Die kommunistische Stadtverordnetensraktion ersucht den Magistrat in der Stadtverordnetenversammlung vom 15. Januar 1920 um Auskunft darüber, wie weit die Vorbereitungen für das diesjährige Wohnungsbauprogramm getroffen worden sind.

3. Interpellation.

Die kommunistische Stadtverordnetensraktion ersucht den Magistrat in der Stadtverordnetenversammlung vom 15. Januar 1920 um Auskunft in nachstehenden Fragen:

- 1. Wie feststeht, ist am 2. April vorigen Jahres ein Gaslieferungsvertrag zwischen dem Verbandsgaswerk Beuthen-Hindenburg G. m. b. H. und der Gemeinschaft, Preußag und Kolwerke, abgeschlossen worden. Warum sind die städtischen Körperschaften nicht befragt worden?
2. Der Vertrag ist als genehmigt durch den Magistrat von Oberbürgermeister Dr. Zukaschek und Bürgermeister Franz gezeichnet worden, ohne daß der Vertrag dem Magistrat zur Beschlußfassung vorlag. Was veranlaßte die Herren Bürgermeister, ohne Wissen der überwältigenden Mehrheit im Magistrat, den Vertrag abzuschließen?
3. Was gedenkt der Magistrat in der Zukunft zu tun, um eigenmächtiges Handeln einzelner Herren, das wie in diesem Falle sich zum Schaden der Stadt auswirken wird und muß, zu unterbinden?

Gleiwitz

Polizeipräsident Bed holt sich neue Instruktionen

Die preussischen Polizeipräsidenten wollen zurzeit auf einer Konferenz im Reichsinnenministerium und beraten über Maßnahmen für ein einheitliches Arbeiten der preussischen Polizei. Auf einer Photo-Aufnahme des „S-Mittelsblattes“ ist der Gleiwitzer Polizeipräsident, Herr Bed, im Vordergrund des Bildes zu sehen. Auch er holt sich neue Instruktionen zum Schutz der „demokratischen“ Republik gegen die unzufriedenen Arbeitermassen. Die Konferenz tagt unter dem Vorsitz des Berliner Polizeipräsidenten „Genossen“ Jörgiebel, der es sich nicht nehmen ließ, eine neue „ehrenvolle“ Tat zu begehen. Er verhängte ein Verbot über die seit Jahren übliche Demonstration an den Gräbern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Und dieser Jörgiebel leitet die Konferenz, die die Maßnahmen zum Schutze des kapitalistischen Staates berät. Durch seine Praxis bewiesen, ist er der wirklich gegebene Mann für die kapitalistische Republik. Im Hintergrunde steht der Reichsinnenminister „Genosse“ Severing, der ja als langjähriger Polizeiminister in Preußen Erfahrungen gesammelt hat. Von ihm können die derzeitigen Polizeipräsidenten noch was lernen.

Herr Bed hat auch eine gewisse Praxis in den Fragen des Republikfluges hinter sich. Der Marktstreik 1924 und die nachfolgenden Jahre bis heute sind Lehren für die ober-schlesische Arbeiterklasse. Wenn die Trübsandgeister die Herren Sozialdemokraten auf diese Weise in den Staat hineinwachsen läßt, so nur deshalb, weil sie es waren, die die Republik vor dem Bolschewismus retteten. Die neuen Maßnahmen werden nicht vermögen, die anrollende rote Flut aufzuhalten. Der Sieg des Proletariats über seine Ausbeuter wird auch nicht durch sozialdemokratische Polizeipräsidenten verhindert werden können.

Beuthen

Vertreterversammlung des Stadtverbandes für Jugendpflege. Am vergangenen Montag fand der erste Kurstagabend über das Berufslehre eine Vertreterversammlung des Stadtverbandes für Jugendpflege statt. Der Vorstand ladet dazu alle Jugendvereine ein. Tagesordnung: 1. Stand der Jugendheimfrage. 2. Aussprache über eine Ausstellung „Jugendliches Schaffen in Beuthen O.S.“ Den Vereinen, die ihren Beitritt zum Stadtverband für Jugendpflege noch nicht erklärt haben, wird angeheimgestellt, zu der Sitzung am 16. Januar 1920 einen geeigneten Vertreter zu entsenden und ihren Beitritt schriftlich zu erklären.

Oppeln

Kolonialsehnsucht

Die Gelliste des neubourgeois Imperialismus auf Kolonien werden immer stärker. Am Sonntag war der ehemalige Stadthalter von Deutsch-Ostafrika, Lettow-Vorbeck, hier auf einer Agitationsreise zur Vertiefung des deutschen Schreies nach Kolonien. Mit großem Kamtun wurde dieser Unterdrücker und rigorose Ausbeuter der Neger vom Bahnhof abgeholt. Im Hotel Forts hielt er einen Vortrag über den Krieg in Deutsch-Ostafrika. Alles nur, um die Sehnsucht, wieder brutal aus den Kolonialslaven hohe Profite herauspressen zu können, bald erfüllen zu können.

Zentrumsdemagogie und Wohnungsnot

In der letzten Stadtverordnetenversammlung brachte das Zentrum einen nichtslagenen Antrag ein, dem auch die anderen Parteien aus Billigkeitsgründen zustimmten. Der Antrag hatte folgenden Wortlaut:

„Die Zentrumsfraktion beantragt, der Magistrat wolle beschließen, mit Rücksicht auf die bestehende Wohnungsnot in Oppeln, bei den zuständigen Instanzen in Staat und Reich vorzulegen, um erhöhte Geldmittel für den Kleinwohnungsbauprogramm zu machen. Der Magistrat soll aber erst dann in eigener Regie bauen, wenn private Bauanstalten nicht mehr vorhanden sind.“

Dasselbe Zentrum hat in der gleichen Sitzung, und zwar eine halbe Stunde vorher, eineinhalb Millionen Mark für Kriegskriegsleistungen bewilligt. Die Kommunisten stellen den Gegenantrag, diese eineinhalb Millionen Mark für den Wohnungsbauprogramm zu verwenden; jedoch diese christlichen Brüder lehnten denselben ab.

Der obige Antrag dieser Zentrumsfraktion ist nicht weiter als ein billiger Bluff zur Täuschung der Wohnungslosen. Durch die Zentrumspolitik ist noch keine Neubauwohnung in Oppeln erstellt worden, sondern durch die Politik der Kommunisten. Wenn nicht mehr Wohnungen gebaut worden sind, so nur deshalb, weil die bürgerlichen Parteien den Bau von Arbeiterwohnungen verhindern. Durch diesen demagogischen Antrag wird sich die schwarze Fraktion vor ihrer völligen Enttarnung bei der Arbeiterklasse nicht retten können.

Verpflichtung zur Reinigung der Bürgersteige.

Umtlich wird bekanntgegeben: Verschiedene Vorkommnisse geben Veranlassung, besonders darauf hinzuweisen, daß auf Grund des Ortsstatuts über die Reinigung öffentlicher Wege im Stadtkreis Oppeln vom 12. 4. 1918 die Verpflichtung zur polizeimäßigen Reinigung der Bürgersteige und Rinnsteine öffentlicher Wege, wozu auch die Beseitigung von Schnee und Eis gehört, innerhalb der geschlossenen Ortschaften den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke (Anliegern) auferlegt ist. Bei eintretender Wintereiszeit müssen die Bürgersteige und Rinnsteine mit abstumpfen Material bestreut werden; die Beseitigung von Schnee und Eis genügt alsdann nicht. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie der Vermeidung des Verkehrs, ist es dringend erforderlich, daß dieser Verpflichtung pünktlich nachgekommen wird.

Das Wohnungsamt hält leere Wohnungen zurück.

Wir berichteten unlängst über eine leere Wohnung auf der Zimmerstraße 93. Wie wir uns weiter erkundigten, hat das Wohnungsamt bereits Anfang September diese Räume befreit, aber bis heute noch nicht freigegeben.

Das ist doch bei dieser Wohnungsnot ein Skandal, die Wohnung so lange leerstehen zu lassen. Die Wohnungslosen dürfen sich das auf keinen Fall bieten lassen.

Kursus über das Programm der kommunistischen Internationale.

Am vergangenen Montag fand der erste Kurstagabend über das Programm der kommunistischen Internationale statt. Der Kursuslehrer, Genosse Walter, der Delegierter auf dem 4. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau war, behandelte die Epoche des Imperialismus unter besonderer Berücksichtigung des Finanzkapitals und des Monopolkapitalismus. Am Kursus beteiligten sich die Zelle Stadt mit 7 Genossen, Vorstadt 4, C 5 mit 3, C 8 ebenfalls mit 3 Genossen, vom RFB. waren 8 Kameraden zugegen, von der Jugend 2 und aus Sgl. Neubors ein Genosse. Der nächste Kurstagabend findet Montag, den 21. d. M. im gleichen bekannten Lokal statt. Wengleich auch die Beteiligten meistens Funktionäre der Partei waren, so müssen doch die Zellenleitungen für einen stärkeren Besuch sorgen.

Dein Körper gehört Dir Roman von Victor Margueritte Berlin, Erich-Keiß-Verlag

In ihrer Müdigkeit geht sie weiter, ohne zu wissen, wohin. Eine breite Alee mit einer tiefen Ritze mit Zwiebeltürmen. Place de la Major. Vielleicht der Dom? Man sollte meinen, ein orientalischer Bahnhof. Und dann Docks, endlose Quais mit Bergen von Rissen und mitunter zwischen zwei zinkgedeckten Schuppen im Rebel Beden voller Schiffe... Es ist drei Uhr und schon wird es dümmrig, so düster, daß sie Mühe hat, sich zurechtzufinden. Und nach einer Menge von Umwegen, Rückwegen, auf denen sie alles verliert, was ihr an diesem Tage von Energie verblieb, ist sie wieder auf der Place des Accoules vor dem Büro. Die Kälte des Wartezimmers erscheint ihr fast lau. Selbst die Mißlaunigkeit der Inhaberin, einer Matrone mit kupferigen Hängebäcken, einem schwarzen Kleid und der goldenen Kette über einer Brust wie ein Federbett, löst sie nicht ab. Ja, freilich, sie wird wenig verlangen, selbstverständlich! Für den Anfang ist ihr jede Arbeit recht. „Warten Sie!“ meint Frau Belon leptonisch. „Ich werde Sie rufen, wenn jemand einwilligt, Sie zu nehmen. Aber in Ihrem Zustand!“ Spi setzt sich zwischen die dicke kaladreffische Bäuerin, die nach Laig riecht, und eine verhußte provenzalische alte Jungfer, die so knochig ist, daß sie an eine ausgegrabene Mumie erinnert. Sie redet sie aus Höflichkeit an und muß ihre philosophischen Bemerkungen über sich ergehen lassen: berartige Aberglauben, daß sie sich sofort in ihr bitteres Schweigen zurückzieht. Drei Stunden vergehen, ohne daß Frau Belon ihr ein einziges Mal ein Zeichen gegeben hätte. Mit knurrendem Magen und brennender Kehle wartet sie immer noch. Alle Stellenjuchenden sind eine nach der anderen vorgeheilt worden oder sie haben die Geduld verloren. Nur die Mumie ist übrig geblieben, denn sogar die kaladreffische hatte endlich, trotz ihrer unerträglichen Ausdünstung, eine schmierige Bürgerfrau verlor: „Die arbeitet wie ein Pferd!“ hatte Frau Belon verflucht. „Sie werden zufrieden sein!“ Mit dem Schlage sechs schickt sie die verzweifelte Alte mit dem

üblichen „Kommen Sie morgen wieder“ weg und hält Spi zurück. „Ich habe Sie fünf Personen angeboten, Kleine. Keiner will ein schwangeres Dienstmädchen...“ Die blasse Spi schickt sich zum Fortgehen an. Frau Belon meint: „Sie sind eigentlich sehr nett. Erzählen Sie mir doch, wie Ihnen das paßt... Nein?... Schließlich ist das ja auch Ihre Sache. Später hätte ich vielleicht etwas für Sie...“ Sie lächelt ein wenig zweideutig: „Ich habe eine Freundin, eine Parfümhändlerin, die sehr feine Herrenkundschaft hat. Der werden Sie sicher gefallen. Kommen Sie nach Ihrer Entbindung wieder.“ Die Nacht ist so dunkel, daß sie ihren Weg nicht wieder zurückfinden kann. All die kleinen Straßen gleichen einander. Sie folgt der Fährte eines jungen verliebten Paares. Eine Hochzeitsfeier! denkt sie. Ihr Herz schnürt sich zusammen. Jetzt sind die Straßen lärmerfüllt. Sie ist, ohne es zu wissen, in die Gefilde der Liebe geraten. Eine Menge von Matrosen, farbigen Soldaten, Hafenarbeitern, das ganze Marsseiler und kosmopolitische Gefindel drängt seine Massen hier zusammen. Von oben durch die an Drähten hängenden elektrischen Lampen und seitwärts durch die Lichter der Bars erleuchtet, die sich die Straße entlang in den Erdgeschossen aufreihen, haben diese Gefächler — weiß, lebluchensfarbig, schwarz, gebräunt von Sonnenbrand und Schmutz — den gleichen erregten und doch stumpfsinnigen Ausdruck. Ueberall auf den Schwellen der Türen, die sich in unheimliche finstere Gänge öffnen, oder auf den Stufen ihrer erleuchteten „Gäden“ Kuppelinnen. Gelpenster, die einer Hölle entstiegen sind, in die sie im Vorüberstreifen einen entsetzten Blick wirft. Alle Frauen in kurzen Hemden, junge in Hosen mit nackten Waden und Bübentöpfen, geschlechtslose Epheben. Die ganze trübe Plebs der „Freudenmädchen“, die Herde der Lustulberrienen. Eine nie abgewaschene Maske von Schminke klebt ihren starren Blick auf die Gefächler, und unter ihr: hohles Blutarml und Falten die Wangen. Die Augen drohen auch dann noch, wenn sie loden. Das Lächeln möchte beißen. Hinter diesen Verhämmtten sieht man die Höhlen, in denen sie ihr Handwerk ausüben: die Ede eines Bettes, eine Kommode mit verschlossenen Schubladen. Dort verbergen sie nach geleisteter Leibesübung ihr Geld unter einem Stroh von Hemden und seidenen Strümpfen. Aus diesem Hart schäpft ihr Zubehälter. Eine Hande, in der seit dem Krige der Porze vom Araber verdrängt worden ist, die Feste der aufgelösten Regimenter, die von der niederen Hafenarbeit

zu allen Geschäften der Prostitution herabgelungen ist, Diebstahl und Mord einbegreift. Sie und da erhebt sich der Lärm eines Streitens über das Tongewirt, in dem alle Sprachen sich vermischen; ein Pandämonium von Rufen, Schreien, Handeln. Plötzlich sogar — sie hat es wohl gehört — ein Revolverknall... Sie geht rascher. Über eine Mulattin in einem rosa Schlafrock bemerkt das Paar, daß ihr voranschreitet und vertritt ihm vertraulich den Weg: „Sie sind hergekommen, um sich den Betrieb anzusehen, gnädige Frau? Gut, dann sehen Sie her!“ Und sie öffnet ihr Gewand: sie ist nackt darunter. Gemeine Stimmen feiern sie an. Verblüfft machen die jungen Leute eine Bewegung, um fernwärts auszuweichen, aber der Arm der Hure hält sie auf: „Gefällt Ihnen das?“ Spiis Unschuld schreit zurück. Sie möchte unbemerkt vorüberhutschen, drückt sich rasch, unter spöttischen Zurufen vorbei. Soll sie wagen, nach dem Wege zu fragen? Aber wen? Ein Maulaffe kreuzt ihren Weg, er blickt sich nach rechts und links um. Ein Fremder? Eine Dirne kommt hinter ihm aus einer Bar heraus, holt ihn geräuschlos ein und hopp! reißt sie ihm mit linker Hand seinen Gut herunter und läßt höhnend mit ihm davon. Der Mann dreht sich erschreckt um: „My hat!“ Er bemerkt die Dirne, die ihn ihm von weitem hinhält: „Sol ihn dir! Für drei Francs kriegst du noch Liebe obendrein!“ Der Engländer hält ihr einen Fünfranchschein hin, legt müdeball seinen Hut wieder auf und drückt sich, von Spottreden verfolgt. Die nach Schweiß, Alkohol und Tabak stinkenden Kneipen sind vollgeproßt: Die Karten klatschen auf die Tische, die Würfel rollen. Spi wird angerufen, geneckt, beschimpft; sie macht sich los, wie sie kann und gerät aus der Rue Boutrier in die Rue de la Reynarde. Vom Regen in die Traufe. Eine riesige Zwet und das durchsichtige Leuchtschild: Mine. Was dem Oberlicht über einer verschlossenen Tür gebeugt ries eine Kuppelrin aus der ersten Etage die Passanten an. Weiter hinten luden, auf den Stufen der Vorhaustreppen stehend, Lette Portiersfrauen ein: „Ein schönes Kind, meine Herren! Die schönsten Mädchen von Marseille, schöne Dame!“ Aber beim Anblick der Unschuldigen, die ihre Last vorbeitrug, unterdrücken sich alle erstarrt: „Komme herein, Mädel, wir wollen dich lehren, den Kober richtig! Hör mal, du Dide! Hast du dir das beim Fußballspielen gelobt?“ Sie floh, von Scherzreden verfolgt. (Nachdruck verboten.)

